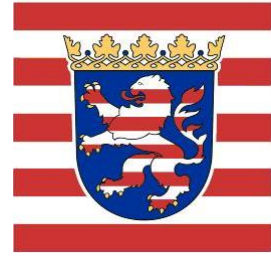




HESSEN



Bericht aus Brüssel

20/2021 vom 29.10.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	5
Außen- und Verteidigungspolitik.....	6
Europäisches Parlament.....	7
Ausschuss der Regionen.....	10
Wirtschaft.....	10
Verkehr.....	13
Energie.....	15
Digital.....	17
Forschung.....	18
Finanzdienstleistungen.....	19
Finanzen.....	19
Soziales.....	22
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	23
Umwelt.....	23
Landwirtschaft.....	25
Justiz.....	28
Inneres.....	29
Bildung und Kultur.....	31
Information, Kommunikation und Medien.....	32
EU-Förderprogramme.....	33
Veranstaltungen.....	35
Vorschau.....	36

Kommission; Arbeitsprogramm 2022

Die Kommission hat am 19.10.2021 unter dem Titel „Europa gemeinsam stärker machen“ das Arbeitsprogramm der Kommission 2022 angenommen. Dieses basiert wieder auf den sechs übergreifenden Zielen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, welche bereits in ihren Leitlinien wiederzufinden sind. In ihrem Programm geht die Kommission per Rückblick auf das vergangene Jahr ein, in dem die EU eine Zeit beispielloser Krisen bewältigen musste. Dabei habe man der COVID-19-Pandemie und ihren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen Einhalt geboten oder ist gegen die Klima- und Umweltkrise vorgegangen. Die destabilisierenden Ereignisse und zunehmenden geopolitischen Spannungen sowie der Klimawandel böten aber auch eine einmalige Chance. Mit dem diesjährigen Arbeitsprogramm wolle die Kommission diese Chance nutzen und auf den bereits geschaffenen Grundlagen aufbauend, einen gesellschaftlichen Wandel bewirken. Dazu hat die Kommission verschiedene Initiativen im Rahmen der Leitlinien (Green Deal, Europa für das digitale Zeitalter, Wirtschaft im Dienste der Menschen, stärkeres Europa in der Welt, Förderung der europäischen Lebensweise, neuer Schwung für die Demokratie in Europa) identifiziert, die zum Erreichen dieser Ziele beitragen sollen. Kern des Vorhabens wird nicht die bloße Überwindung der Folgen der Pandemie sein, sondern viel mehr nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen zu finden, um gestärkt aus der Pandemie hervorzugehen. Dabei bleibt die Vision der Kommissionspräsidentin gleich: Durch eine digitalisierte und nachhaltige EU können unionsinterne Lösungen für die Herausforderungen der nächsten Jahre entwickelt werden, die auch die Chance bieten, die EU in eine führende Position in der Welt zu heben.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/com2021_645_de.pdf

Europäischer Rat; Ergebnisse des Gipfels am 21./22.10.2021

Der Europäische Rat (ER) tagte am 21./22.10.2021 in Präsenz in Brüssel. Er befasste sich mit der aktuellen pandemischen Lage, Digitalthemen, Handel und den auswärtigen Beziehungen einschließlich internationaler Gipfel wie der UN-Klimakonferenz COP 26. Aus aktuellem Anlass waren die Themen Energiepreise und Migration auf die Tagesordnung gesetzt worden. Der ER erkennt an, dass bei der Bekämpfung von COVID-19 „erhebliche Fortschritte“ erzielt worden seien, mahnt aber auch, dass die Lage in einigen Mitgliedstaaten nach wie vor „sehr ernst“ sei. Die Bemühungen zur Überwindung der Impfskepsis und der Kampf gegen Desinformationen, insbesondere in sozialen Medien, sollen verstärkt werden. Gleichzeitig mahnt der ER, die EU müsse die Resilienz gegenüber künftigen (Gesundheits-)Krisen stärken. Der ER hat sich ferner mit dem Sachstand zu diversen Rechtsakten, die derzeit in der EU-Digitalpolitik vom EU-Gesetzgeber beraten werden, befasst. Er fordert die Ko-Gesetzgeber auf, bis Jahresende eine Einigung über die Fortgeltung der Roaming-Verordnung zu erzielen und bei der Plattformregulierung – Digital Services Act und Digital Markets Act – so schnell wie möglich zum Abschluss zu kommen. Zügiger Fortschritt sei auch wichtig bei der Schaffung eines EU-Rechtsrahmens für Daten, einschließlich der Schaffung sektoraler Datenräume, der Regulierung Künstlicher Intelligenz, der Schaffung einer europäischen digitalen Identität und eines europäischen Ökosystems der Halbleiterproduktion. Zu den Energiepreisen hat der ER keine unmittelbaren Maßnahmen zur Senkung vereinbart, sondern eine Reihe von (Prüfungs-)Aufträgen an die Kommission, den Rat und die Europäische Investitionsbank erteilt. Beim Thema Migration ging es v.a. um die äußere Dimension, konkret den von Belarus gesteuerten Migrationsdruck auf die EU-Außengrenzen, der als hybrider Angriff gewertet wird. Der ER erklärt, keine Instrumentalisierung von Migranten für politische Zwecke durch Drittstaaten tolerieren

zu wollen. Die Kommission wird aufgefordert, alle notwendigen Änderungen im EU-Recht und konkrete Maßnahmen als Antwort der EU auf die Vorgänge vorzuschlagen. Die EU sei entschlossen, ihre Außengrenzen effektiv zu verteidigen. Der ER fordert ferner, die Aktionspläne zu Herkunfts- und Transitländern nun auf Basis konkreter Zeitpläne und mit angemessenen finanziellen Mitteln ohne Verzögerung umzusetzen. Die Kommission wird aufgefordert, mit Dringlichkeit Vorschläge für Maßnahmen auf allen Migrationsrouten vorzulegen und die Finanzierung dafür zu mobilisieren. Zur Handelspolitik haben die Staats- und Regierungschefs eine „strategische Aussprache“ geführt. In der Sache wurden keine Beschlüsse gefasst. Der ER hat eine Reihe von internationalen Gipfeln vorbereitet: Der ASEM-Gipfel am 25./26.11.2021, das Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft am 15.12.2021, die UN-Klimakonferenz COP 26 vom 31.10.-12.11.2021 in Glasgow sowie die 15. Vertragsstaatenkonferenz (COP 15) zur biologischen Vielfalt in Kunming (China) im April/Mai 2022. Angesichts der jüngsten Ereignisse in POL, insbesondere das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, dass Bestandteile des EU-Rechts gegen die Verfassung des Landes verstoßen, hat sich der ER ferner mit der Rechtstaatlichkeit in POL befasst, allerdings ohne dazu Schlussfolgerungen zu verabschieden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2021/10/21-22/>

Konferenz zur Zukunft der EU – Plenarversammlung am 23.10.2021

Am 23.10.2021 fand die zweite Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas in Straßburg statt. Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich nahm als Vertreterin des Bundesrates an der Sitzung teil. Im Mittelpunkt der Plenarversammlung standen Berichte über die bisher durchgeführten europäischen Bürgerforen, über die nationalen Foren und Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten sowie über den europäischen Jugendevent. Am 22.10.2021 traten erstmals die neun Arbeitsgruppen zusammen, die Beiträge zur Vorbereitung der Erörterungen und Vorschläge der Plenarversammlung erstellen. Hierzu besprachen sie die Empfehlungen der nationalen und europäischen Bürgerforen sowie Beiträge auf der mehrsprachigen digitalen Plattform. Ministerin Puttrich ist Mitglied in der Arbeitsgruppe „Digitaler Wandel“. Im Mittelpunkt der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe stand die Frage der zu erörternden Themen. Dabei wurde klar, dass man den Ansatz verfolge, so breit wie möglich die Fragen des digitalen Wandels zu behandeln. Ministerin Puttrich wies insbesondere auf die Bewahrung der europäischen Werte und die Bedeutung des digitalen Binnenmarktes hin. Es gelte die notwendigen Regeln zu schaffen, aber auch zu beachten, dass der digitale Wandel nicht erschwert werde. Hinsichtlich der Rolle der Arbeitsgruppe sprach sie sich für die Setzung von eigenen Akzenten aus. In einer Sitzung am 20.10.2021 hatten die Vertreter der nationalen Parlamente in der Plenarversammlung diese vorbereitet. Am Rande der Plenarversammlung traf Ministerin Puttrich die in der Kommission für die Konferenz zur Zukunft Europas zuständige Vizepräsidentin Dubravka Šuica. Im Mittelpunkt des Gespräches standen Fragen zur Verbesserung der Organisation der Sitzungen, die Rolle der Arbeitsgruppen und das weitere Verfahren. Erörtert wurde dabei eine mögliche Verlängerung des Prozesses über den für März/April 2022 vorgesehenen Bericht hinaus.

Kommission; Erster Bericht zum digitalen COVID-Zertifikat der EU

Am 18.10.2021 veröffentlichte die Kommission einen Bericht über das digitale COVID-Zertifikat der EU, das darin als Erfolg angesehen wird. Inzwischen seien 591 Mio. digitale Zertifikate ausgestellt und es handle sich um den einzigen international anerkannten Nachweis einer COVID-Schutzimpfung, eines negativen Testergebnisses oder des Genesenen-Status. Alle 27 Mitgliedstaaten (MS) der EU erkennen das Zertifikat an, sowie 16 Drittstaaten. Weitere Staaten werden voraussichtlich noch hinzukommen. Laut dem Bericht ist das Zertifikat ein maßgebendes Instrument, um sicheres Reisen, die Wiederaufnahme der Tourismusindustrie und der Inlandsindustrie zu ermöglichen. 20 MS nutzen das Zertifikat auch im Inland, um Kino-, Restaurantbesuche und weitere Aspekte des öffentlichen Lebens zu ermöglichen. Für die weitere Entwicklung des Zertifikates will sich die Kommission an wissenschaftlichen Empfehlungen sowie den Empfehlungen der europäischen Arzneimittelagentur (EMA) und des europäischen Zentrums für die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) orientieren. Ein Folgebericht wird spätestens bis zum 31.03.2022 angestrebt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_5267

EMA; Zwei neue Produktionsstätten für Biontech/Pfizer Impfstoff genehmigt

Am 18.10.2021 teilte die europäische Arzneimittelagentur (EMA) mit, dass das Komitee für Humanmedizin der EMA (CHMP) zwei Produktionsstätten für den Biontech Impfstoff Comirnaty genehmigt habe. Die zwei Produktionsstätten sind beide in ITL, eine in Monza, die andere in Anagni. Sie können ab sofort Impfstoff produzieren und sollen bis Ende 2021 85 Mio. fertige Impfpräparate herstellen. CHMP genehmigte auch eine neuartige Formel des Impfstoffes. Diese kann ab Anfang 2022 angewandt werden und hat den Vorteil, dass der Impfstoff nicht mehr verdünnt werden muss und länger haltbar ist.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/new-manufacturing-sites-new-formulation-approved-covid-19-vaccine-biontech-pfizer>

EMA; Beginn des Zulassungsverfahrens des Biontech/Pfizer Impfstoffes für Kinder zwischen 5 und 11 Jahren

Am 18.10.2021 teilte die europäische Arzneimittelagentur (EMA) mit, das Zulassungsverfahren für den Comirnaty Impfstoff von Biontech/Pfizer für Kinder zwischen 5 und 11 Jahren begonnen zu haben. Derzeit ist der Impfstoff, der vor COVID-19 schützt, nur für Erwachsene und Kinder ab 12 Jahren zugelassen. Die EMA wird voraussichtlich in wenigen Monaten mitteilen, inwiefern sie den Impfstoff für Kinder zulassen wird.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-starts-evaluating-use-covid-19-vaccine-comirnaty-children-aged-5-11>

EMA; Beginn des Zulassungsverfahrens für Molnupiravir zur Behandlung von COVID-19

Am 25.10.2021 teilte die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) mit, sie habe mit dem Zulassungsverfahren für das Medikament Molnupiravir zur Behandlung von COVID-19 bei Erwachsenen begonnen. Molnupiravir ist ein Medikament, welches die Multiplikation der Viren im Körper erschwert und so schweren Krankheitsverläufen vorbeugen soll. Eine Antwort der EMA bezüglich der Zulassung des Medikamentes wird schneller kommen als in üblichen Zulassungsverfahren. Eine genaue Zeitangabe machte die EMA jedoch nicht.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/covid-19-ema-starts-rolling-review-molnupiravir>

EMA; Empfehlung der Auffrischimpfung mit Modernas Spikevax

Am 25.10.2021 veröffentlichte die europäische Arzneimittelbehörde (EMA) die Empfehlung einer Auffrischimpfung mit Modernas Spikevax. Auffrischimpfungen sind Impfungen gegen COVID-19, die an Menschen verabreicht werden, die bereits vollständig gegen COVID-19 geimpft worden sind. Die EMA hat am 04.10.2021 bereits Auffrischimpfungen mit Modernas Spikevax und Biontech/Pfizers Comirnaty für Menschen mit geschwächtem Immunsystem empfohlen. Außerdem hat die EMA am 04.10.2021 Auffrischimpfungen mit Biontech/Pfizers Comirnaty für Menschen mit normalem Immunsystem empfohlen. Die Auffrischimpfungen bei Menschen mit normalem Immunsystem empfiehlt die EMA ab 6 Monaten nach der vollständigen Impfung.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/spikevax-ema-recommendation-booster>

ECDC; Veröffentlichung zur Nutzung von Antigen Schnelltests

Am 26.10.2021 veröffentlichte das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) einen Bericht zur Nutzung von Antigen-Schnelltests zur Identifikation von COVID-19 Infektionen. In dem Bericht werden verschiedene Testtypen benannt, die das ECDC aufgrund ihrer Genauigkeit empfiehlt. Aufgrund der allgemein geringeren Genauigkeit von Antigen-Schnelltests gegenüber PCR-Tests, empfiehlt das ECDC eine Nachtestung mit PCR-Test im Falle eines positiven Antigen-Schnelltests. Außerdem seien Antigen-Schnelltests insbesondere dann effizient, wenn regelmäßig getestet werde. Es liegen allerdings noch keine Daten vor, wie effizient bei Geimpften getestet werden solle.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/ecdc-publishes-updated-technical-report-options-use-rapid-antigen-detection-tests-covid>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Mitteilung zur EU-Erweiterungspolitik 2021

Am 19.10.2021 hat die Kommission ihre Mitteilung zur EU-Erweiterungspolitik 2021 vorgestellt. Darin wurde näher auf den Sachstand in den sechs Beitrittsländern des Westbalkans und der Türkei auf ihrem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft eingegangen. Die EU stehe dabei zu ihrem klaren und strategischen Engagement für die Region. Eine Vielzahl von Maßnahmen spiegle dies wieder. So habe die Region z.B. vielseitige Unterstützung in der Reaktion auf die Corona-Pandemie durch Investitionen und die Versorgung mit Impfstoffen erfahren. Die Kommission bescheinigt Montenegro und Serbien einen guten Fortschritt, jedoch müsse Serbien auch weiterhin an der Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo arbeiten. Bosnien und Herzegowina müsse weiterhin das Ziel verfolgen, die strategische Agenda der EU-Integration auch in konkreten Maßnahmen umzusetzen. Der Kosovo erfülle nun alle Voraussetzungen, um eine Einrichtung der Visafreiheit mit der EU umzusetzen. Die finale Entscheidung liege hier aber beim Rat. Albanien und Nordmazedonien erfüllen auch weiterhin alle Voraussetzungen zur Aufnahme von ersten Beitrittsverhandlungen. Die bestehenden Verzögerungen seien hier auf die EU zurückzuführen, die es verpasse, ihre Versprechen einzuhalten. Der beidseitige Dialog mit der Türkei habe sich seit Beginn des Jahres verfestigt und eine gesteigerte Kooperation hänge vor allem vom Status der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in der Türkei ab.

https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/document/download/3ed749e4-03e4-49ac-be11-d4aba779e544_en

Rat; Tagung des Militärausschusses der EU

Am 25./26.10.2021 kamen die EU-Generalstabschefs zu einer Tagung zusammen, bei der sie die wichtigsten Verteidigungsinitiativen der EU diskutierten. U.a. wurden die Generalstabschefs hierbei auch über die Initiative DEU, NDL, PTL, FIN und SLO über eine schnell EU-Eingreiftruppe unterrichtet. Die fünf EU-Staaten haben in einem Konzeptpapier dargelegt, dass die bereits bestehenden EU-Battlegroups zu schlagkräftigen und kurzfristig einsetzbaren Krisenreaktionskräften weiterentwickelt werden müssten. Dazu ziehe man erstmals auch die Nutzung von Artikel 44 des EU-Vertrags in Betracht, nach dem für Einsätze eine Koalition der Willigen gebildet werden könne. Die Gesamtstärke der Truppe könnte in etwa 5.000 Soldaten umfassen. Diese Zahl sei aus der im August 2021 durchgeführten Evakuierungsmission der USA abgeleitet worden. Demnach sei eine solche Truppengröße notwendig, um etwa den Flughafen in Kabul zu sichern. Die Generalstabschefs diskutierten das Konzept und ob es Teil des Strategischen Kompasses werden könnte, kamen aber noch zu keinem endgültigen Ergebnis.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2021/10/25-26/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

MdEP Weber als Fraktionsvorsitzender der EVP wiedergewählt

MdEP Manfred Weber wurde am 13.10.2021 mit einer Mehrheit von 94% als Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP wiedergewählt. Manfred Weber ist seit 2014 Fraktionsvorsitzender und wurde zum dritten Mal wiedergewählt. Gleichzeitig hat die EVP-Fraktion auch ihren gesamten Vorstand neu gewählt.

Neuwahl des Vorstandes der CDU/CSU-Gruppe im EP

Zur Halbzeit der Legislaturperiode hat die CDU/CSU-Gruppe im EP am 16.09.2021 ihren Vorstand neu gewählt. Gruppenvorsitzender bleibt MdEP Daniel Caspary, zur Co-Vorsitzenden wurde erneut MdEP Angelika Niebler (CSU) gewählt. Als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im EP wurde MdEP Markus Pieper wiedergewählt. In den Vorstand der CDU/CSU-Gruppe im EP wurden des Weiteren gewählt bzw. wiedergewählt: MdEP Peter Jahr als Schatzmeister, MdEP Andreas Schwab, Ralf Seekatz, Sven Simon und Marion Walsmann als stellvertretende Vorsitzende und MdEP Monika Hohlmeier als Parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-MdEP.

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 18.-21.10.2021 in Straßburg

POL: Herausforderungen für die Rechtsordnung der EU und europäische Werte

In einer Entschließung, die am 21.10.2021 mit einer Mehrheit von 502 - 153 - 16 angenommen wurde, missbilligen die MdEP das Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 07.10.2021 „auf das Schärfste“, da es einen „Angriff auf die Werte- und Rechtsgemeinschaft der Union als Ganzes“ darstellt und sagen, dass das Gericht in ein „Instrument zur Legalisierung der illegalen Tätigkeiten der Staatsmacht“ verwandelt wurde. Sie erklären, dass die Republik POL sich freiwillig verpflichtet hat, sich den Bestimmungen der Gründungsverträge und der Rechtsprechung des EuGH zu unterwerfen. Das EP verlangt, dass Regierungen, die die Werte der EU „offenkundig, vorsätzlich und systematisch“ aushöhlen, kein Geld der Steuerzahler der Union zur Verfügung gestellt werden sollte. Es fordert Kommission und Rat u.a. auf, dringende Maßnahmen zu ergreifen, indem beim EuGH Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und einstweilige Anordnungen erlassen werden, indem davon abgesehen wird, den Entwurf des Aufbau- und Resilienzplans POL zu billigen, indem der Rat gemäß dem

Verfahren nach Artikel 7(1) EUV feststellt, dass die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch POL besteht und indem die Kommission die Verordnung über den an die Rechtsstaatlichkeit geknüpften Konditionalitätsmechanismus anwendet.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0439_DE.html

In diesem Zusammenhang hat sich der Rechtsausschuss des EP am 14.10.2021 mehrheitlich dafür ausgesprochen, vor dem EuGH gegen die Kommission zu klagen. Die Konferenz der Präsidenten hat sich am 20.10.2021 ebenfalls mehrheitlich dafür ausgesprochen. Darauf bat der EP-Präsident seinen juristischen Dienst, die Untätigkeitsklage gegen die Kommission vorzubereiten.

Klimawandel: MdEP fordern ehrgeiziges Ergebnis auf der COP26

Im Vorfeld der Klimakonferenz COP26 in Glasgow fordern die Abgeordneten, dass die EU bei der Bekämpfung des Klimawandels weltweit eine Führungsrolle übernimmt. Das EP hat seinen Standpunkt zur UN-Klimakonferenz COP26 in Glasgow am 21.10.2021 mit einer Mehrheit von 527 - 134 - 35 angenommen (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Mehr Transparenz in der EU-Impfstoffpolitik

In einer Entschließung, die am 21.11.2021 mit einer Mehrheit von 458 - 149 - 86 angenommen wurde, fordert das EP Rechtsvorschriften, die den Prozess der Erforschung, des Erwerbs und der Verteilung von COVID-19-Impfstoffen transparenter machen. Dies würde es den MdEP ermöglichen, die EU-Impfstoffpolitik wirksam zu kontrollieren. Gleichzeitig sollte die Kommission diese Politik offener mit den Bürgern diskutieren. Um die Transparenz zu erhöhen, fordern die Abgeordneten, dass die Kommission offenlegt, wer in ihrem Namen über den Kauf von Impfstoffen verhandelt. Sie solle Kaufverträge mit Impfstofflieferanten veröffentlichen, einschließlich Details zu öffentlichen Investitionen und Impfstoffkosten, und mögliche Vertragsbrüche bekannt machen. Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass mehr Informationen dazu beitragen könnten, der Zögerlichkeit und Desinformation in Bezug auf Impfstoffe entgegenzuwirken, und dass Pharmaunternehmen auch umfangreiche Daten und Berichte über klinische Studien veröffentlichen sollten. Die Abgeordneten fordern, dass die EU bei künftigen Impfstoffverträgen die weltweite Verfügbarkeit von Impfstoffen als globales öffentliches Gut fördert. Die EU sollte Nicht-EU-Länder bei der Bekämpfung von COVID-19 unterstützen und die Impfung durch die Überwindung von Produktionsengpässen beschleunigen. Unternehmen könnten beispielsweise ihre Technologie transferieren und die Mitgliedstaaten könnten mehr zum COVAX-Programm beitragen. Die EU sollte außerdem eine globale und öffentliche Impfstoffstrategie entwickeln, die eine gerechte weltweite Verteilung vorsieht.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0435_DE.html

Ruf nach Unterstützung für Nachrichtenmedien und den audiovisuellen Sektor in der EU

In einer am 20.10.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Dace Melbārde (ECR/LET) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 577 - 47 - 76 angenommenen Entschließung drängen die MdEP auf eine substanzielle Unterstützung des Mediensektors durch die EU und die Mitgliedstaaten (MS), um dem Sektor zu helfen, sich von der Pandemie zu erholen und sich zu wandeln, um mit den sich verändernden Geschäftsmodellen des digitalen Zeitalters Schritt zu halten. Die MdEP sind besorgt über die Vereinnahmung der Medien durch den Staat in einigen MS und über Klagen, die darauf abzielen, Journalisten einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen ("SLAPPs"), und fordern legislative und nicht-legislative Instrumente zum Schutz der

Medienorganisationen. Um die finanzielle und politische Unabhängigkeit der europäischen Journalistinnen und Journalisten und des Journalismus zu gewährleisten, fordert das Parlament einen ständigen EU-Nachrichtenmedienfonds und betont, dass die für die Medien bestimmten EU-Sanierungsfonds Medienorganisationen in denjenigen MS unterstützen müssen, in denen die Medien einem besonderen finanziellen und politischen Druck oder rechtsstaatlichen Bedenken ausgesetzt sind.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0428_DE.html

Klimawandel: Für verbindliche Ziele zur Verringerung der Methanemissionen

In einer Entschließung zur EU-Strategie zur Verringerung der Methanemissionen, die am 21.10.2021 mit einer Mehrheit von 563 - 122 - 11 angenommen wurde, fordern die MdEP die Kommission auf, verbindliche Maßnahmen und Methanreduktionsziele für alle Sektoren vorzuschlagen. Die MdEP betonen, dass die Verringerung der vom Menschen verursachten Methanemissionen eine der kosteneffizientesten Strategien zur Verlangsamung des Klimawandels ist. Da Methan auch zur Bildung von Ozon beiträgt, einer starken Ursache für lokale Luftverschmutzung, die ernsthafte Gesundheitsprobleme verursacht, wird dies auch die Luftqualität verbessern und die Gesundheit der Bürger schützen. Die Abgeordneten fordern eine obligatorische Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung (MRV) für alle Methan emittierenden Sektoren sowie obligatorische Programme zur Erkennung und Reparatur von Lecks (LDAR) für den Energiesektor und die petrochemische Industrie, um Lecks zu reparieren und so die Emissionen zu minimieren. Die Landwirtschaft hat den größten Anteil an den anthropogenen Methanemissionen in der EU, vor allem durch die Viehzucht, insbesondere durch Wiederkäuer, und bietet das zweithöchste Potenzial zur Reduzierung der Methanemissionen insgesamt. Die Abgeordneten fordern neue Maßnahmen in den Mitgliedstaaten, um diese Emissionen zu minimieren und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Lebensmittelproduktion nicht einfach in Länder außerhalb der EU verlagert wird, indem darauf bestanden wird, dass Importe aus Nicht-EU-Ländern die gleichen hohen Standards erfüllen wie in der EU hergestellte Produkte. Die MdEP fordern die Kommission auf, verbindliche EU-Ziele für Gewerbe- und Industrieabfälle festzulegen und bei der Überarbeitung der Abfallrichtlinie und der Richtlinie über Abfalldeponien Ziele für die Begrenzung des Restmüllaufkommens vorzuschlagen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0436_DE.html

Politische Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der EU und Taiwan

Am 21.10.2021 hat das EP einen Bericht zum Thema „Politische Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der EU und Taiwan“ mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 580 - 26 - 66 angenommen. Die MdEP würdigen Taiwan als wichtigen Partner und demokratischen Verbündeten der EU im indo-pazifischen Raum, der zur Aufrechterhaltung einer auf Regeln basierenden Ordnung inmitten einer sich verschärfenden Rivalität zwischen den wichtigsten geopolitischen Akteuren in der Region beiträgt. In dem Text wird die dringende Notwendigkeit hervorgehoben, eine „Folgenabschätzung, öffentliche Konsultation und eine Vorstudie“ zu einem bilateralen Investitionsabkommen zwischen der EU und Taiwan einzuleiten, um die Zusammenarbeit zu intensivieren. Die MdEP betonen die Bedeutung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Taiwan, auch in Bezug auf Multilateralismus und die Welthandelsorganisation, Technologie wie 5G, öffentliche Gesundheit und wichtige Zusammenarbeit bei kritischen Gütern wie Halbleitern. Der Bericht zeigt sich sehr besorgt über Chinas anhaltende militärische Angriffe, Druck, Angriffsübungen, Verletzungen des Luftraums und Desinformationskampagnen gegen Taiwan. Die MdEP fordern die EU auf, mehr zu tun, um diese Spannungen abzubauen

und Taiwans Demokratie und den Status der Insel als wichtiger EU-Partner zu schützen. Das EP besteht darauf, dass jede Änderung der chinesisch-taiwanesischen Beziehungen weder einseitig noch gegen den Willen der taiwanesischen Bürgerinnen und Bürger erfolgen darf. Die MdEP erinnern daran, dass ein direkter Zusammenhang zwischen europäischem Wohlstand und asiatischer Sicherheit besteht und welche Folgen es für Europa hätte, wenn sich ein Konflikt über wirtschaftliche Fragen hinaus ausweiten würde.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0431_DE.html

EP fordert mehr Mittel für 2022 - Entwurf des Gesamthaushaltsplans der EU für das Haushaltsjahr 2022

Das EP hat den von den Finanzministerinnen und Finanzministern vorgeschlagenen Gemeinschaftshaushalt für 2022 am 20.10.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Karlo Ressler (S&D/KRO) und MdEP Damian Boeselager (GRÜNE/DEU) abgelehnt. Eine deutliche Mehrheit der MdEP forderte zusätzliche Mittel vor allem für die Gesundheitsforschung, das Förderprogramm für Energie-, Verkehrs- und digitale Netze (Connecting Europe) sowie den Klimaschutz. Nach Auffassung des EP sind dies Bereiche, die zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie beitragen. Auch in die Sicherheit und Verteidigung wollen die MdEP mehr Geld fließen lassen. Für das Studierendenaustauschprogramm Erasmus+ fordert das EP ebenfalls höhere Mittel. Das EP fordert für das kommende Jahr gemeinsame Haushaltsmittel in Höhe von rund 171,8 Mrd. EUR. Einem Großteil der vom Rat vorgenommenen Kürzungen in Höhe von rund 1,43 Mrd. EUR stimmten die MdEP nicht zu. Mit dem Votum erteilte das Plenum seinen Verhandlungsführern nun ein Mandat für die Gespräche mit den Mitgliedstaaten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0432_DE.html

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; COTER-Fachkommissionsitzung

Am 28.10.2021 fand eine Hybridsitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds statt. Dabei fand folgende Abstimmung statt: „Die geschlechtsspezifische Dimension der Struktur- und Kohäsionsfonds 2021–2027 mit Schwerpunkt auf der Vorbereitung der operationellen Programme“. Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch zum Arbeitsdokument „auf dem Weg zu einem emissionsfreien Straßenverkehr: Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und Verschärfung von CO2-Emissionsnormen“ statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2174197&meetingSessionId=2217083>

W i r t s c h a f t

Kommission; Konsultation zur Bewertung der Handelsabkommen mit Georgien und Moldau

Die Kommission stellte am 18.10.2021 ein Arbeitsdokument der Dienststellen für die Bewertung der Handelsabkommen mit Georgien und Moldau zur Konsultation. Ziel ist es, die Kosten und Nutzen der Vereinbarungen über „vertiefte und umfassende Freihandelszonen“ zwischen der EU und Georgien bzw. Moldau zu untersuchen. Dazu sollen die Auswirkungen der Abkommen u.a. auf Handel und Wirtschaft, kleine Unternehmen, Verbraucher, die Gesellschaft, Arbeitnehmer, Menschenrechte und die

Umwelt in beiden Ländern bewertet werden. Eine Rückmeldung ist bis zum 10.01.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12086-Handelsabkommen-mit-Georgien-und-Moldau-Bewertung_de

Kommission; Verweisung der Prüfung zur Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch K+S und REMEX an DEU

Die Kommission hat am 20.10.2021 die Prüfung der Gründung des Joint Venture REKS GmbH & Co. KG (REKS) durch die K+S Minerals and Agriculture GmbH (K+S) und die REMEX GmbH an DEU zurückverwiesen. Der geplante Zusammenschluss gebe noch Anlass zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken. REKS soll im Bereich der Abfallentsorgung einschließlich der Untertagedeponierung von gefährlichen Flugaschen tätig werden. K+S ist ein Bergbauunternehmen, das Entsorgungsdienstleistungen und Untertagedeponierung gefährlicher Abfälle anbietet. REMEX ist im Bereich der Mineralstoffentsorgung einschließlich Recycling, Verwertung und Beseitigung mineralischer Abfälle tätig. K+S und REMEX sind beide in Hessen ansässig.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10144

Kommission; Gründung des Joint Venture DX Intermodal JV durch Hupac und Kombiverkehr genehmigt

Die Kommission genehmigte am 20.10.2021 die Gründung des deutschen Joint Venture DX Intermodal JV durch Hupac SA aus der Schweiz und Kombiverkehr Deutsche Gesellschaft für kombinierten Güterverkehr mbH & Co. KG (Kombiverkehr) mit Sitz in Frankfurt am Main. DX Intermodal soll als eine Datendrehscheibe für die integrierte, durchgängige Echtzeitübertragung von verkehrsbezogenen Daten fungieren und Informationen für die Nutzer intermodaler Verkehrsdienste in Europa bereitstellen. Hupac und Kombiverkehr sind beide intermodale Eisenbahnverkehrsunternehmen auf verschiedenen Strecken in Europa.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10054

Kommission; Eurobarometer-Umfrage zum Thema Kurzzeitvermietung

Die am 20.10.2021 veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage zum Thema Kurzzeitvermietung zeigt, dass die kurzfristige Vermietung von Unterkünften dazu beiträgt, touristische Angebote in der EU attraktiver zu machen. Gleichzeitig müssen aber auch die Auswirkungen auf das Gemeinwesen berücksichtigt werden. Die Umfrage unterstreicht die Notwendigkeit einer ausgewogenen Entwicklung des Sektors der Kurzzeitvermietung. Die Ergebnisse der Umfrage sollen in die Bewertung der Kommission hinsichtlich der Relevanz möglicher neuer Regulierungsmaßnahmen einfließen.

<https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2279>

Eurostat; "Schlüsselzahlen zu Europa" werden veröffentlicht

Das statistische Amt der EU (Eurostat) hat am 20.10.2021 "Schlüsselzahlen zu Europa" mit Daten für die EU, die einzelnen Mitgliedstaaten (MS) sowie Island, Norwegen und die Schweiz veröffentlicht. Diese interaktive Veröffentlichung ermöglicht es, die Situation in einem MS zu untersuchen und sie mit anderen MS zu vergleichen. Genauer betrachtet werden ausgewählte Statistiken zu den Themen Menschen und Gesellschaft, Wirtschaft und Unternehmen sowie Umwelt und natürliche Ressourcen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/edn-20201020-2>

EuG; Urteile über den Erwerb von Vermögenswerten der Air-Berlin-Gruppe durch easyJet und Lufthansa

Das Gericht der EU (EuG) hat mit Urteilen vom 20.10.2021 die Klagen in den Rechtssachen T-240/18 und T-296/18 durch die Fluggesellschaft Polskie Linie Lotnicze (LOT) gegen die Kommission abgewiesen. LOT hatte Klagen gegen Beschlüsse der Kommission erhoben, mit denen Zusammenschlüsse in Form des Erwerbs bestimmter Vermögenswerte der Air-Berlin-Gruppe durch easyJet bzw. durch Lufthansa nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt wurden. Das EuG bestätigte insbesondere, dass die von der Kommission vorgenommene Analyse sowohl hinsichtlich ihrer Methodik als auch hinsichtlich ihrer Ergebnisse fehlerfrei gewesen sei. Anstelle die relevanten Märkte nach Städtepaaren zwischen einem Ausgangs- und einem Zielort (A&Z-Märkte), auf denen Air Berlin und easyJet bzw. Lufthansa präsent waren, einzeln zu prüfen, beschränkte sich die Kommission in ihrer Prüfung erstmals darauf, die A&Z-Märkte ab und nach den Flughäfen, denen die Zeitrisiken von Air Berlin zugeordnet waren, zusammen zu prüfen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-10/cp210188de.pdf>

Eurostat; Statistik zum internationalen Warenhandel nach Wirtschaftszweigen in 2019

Das statistische Amt der EU (Eurostat) veröffentlichte am 21.10.2021 eine Statistik zum internationalen Warenhandel nach Wirtschaftszweigen im Jahr 2019. Verglichen wird die Industrie mit dem Groß- und Einzelhandel. In der EU war im Jahr 2019 die Zahl der Importeure und Exporteure im Groß- und Einzelhandel größer als in der Industrie, vor allem bei den Importen. Der Wert der importierten und exportierten Waren in der Industrie war jedoch größer als im Groß- und Einzelhandel, vor allem bei den Exporten.

https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=International_trade_in_goods_by_economic_sector

EuRH; Sonderbericht zur leistungsbezogenen Finanzierung in der EU-Kohäsionspolitik

Am 21.10.2021 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) einen Sonderbericht zur leistungsbezogenen Finanzierung in der EU-Kohäsionspolitik. Untersucht wurde, inwiefern die Kommission und die Mitgliedstaaten drei neu eingeführte Instrumente zur leistungsbezogenen Finanzierung im Zeitraum 2014-2020 nutzten. Aus dem Bericht geht hervor, dass alle drei Instrumente zu neuen Ansätzen bei der Umsetzung führten. Jedoch haben sie keinen spürbaren Unterschied in der Art und Weise, wie die EU-Mittel zugewiesen und ausgezahlt wurden, bewirkt. Der EuRH kommt zu dem Schluss, dass noch viel getan werden muss, damit Gelder in die leistungsstärksten Maßnahmen und Projekte fließen. Dazu formulierte der EuRH in seinem Bericht eine Reihe von Empfehlungen.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=59899>

Kommission; Übernahme von IHS Markit durch S&P Global unter Bedingungen genehmigt

Die Kommission hat am 22.10.2021 die Übernahme von IHS Markit durch S&P Global genehmigt. Die Genehmigung ist mit der Bedingung verbunden, dass in den Bereichen Rohstoffpreisbewertung und Finanzdaten tätige Unternehmen veräußert werden. Das aus den USA stammende Unternehmen S&P Global und das in GBR ansässige Unternehmen IHS Markit sind große weltweite Anbieter von Rohstoff- und Finanzdaten und haben beide ein Büro in Frankfurt am Main.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5461

Kommission; Teilnahme an G7-Treffen der Handelsminister in London

Am 22.10.2021 nahm Exekutivizepräsident Valdis Dombrovskis an der Tagung der G7-Handelsminister in London teil. Dabei wurden Schlüsselthemen der Welthandelsagenda erörtert, die von Zwangsarbeit über globale Lieferketten, Verlagerung von CO2-Emissionen, marktverzerrenden Praktiken und digitalem Handel reichen. Die Ministerinnen und Minister einigten sich u.a. auf Grundsätze für den digitalen Handel und gaben eine gemeinsame Erklärung zum Thema Zwangsarbeit ab.

<https://www.g7uk.org/g7-trade-ministers-communicue-2/>

EuGH; Urteil zu in Investitionsabkommen enthaltenen ungültigen Schiedsklauseln

Der EuGH entschied mit Urteil vom 26.10.2021 in der Rechtssache C-190/20, dass ein nationales Gericht verpflichtet ist, einen Schiedsspruch aufzuheben, der auf der Grundlage einer gegen das Unionsrecht verstoßenen Schiedsvereinbarung ergangen ist. Das Unionsrecht verbietet laut EuGH einem Mitgliedstaat (MS), eine Schiedsvereinbarung abzuschließen, die den gleichen Inhalt hat wie eine in einem zwischen MS abgeschlossenen Investitionsabkommen enthaltene ungültige Schiedsklausel. Die Auswirkungen einer solchen Schiedsvereinbarung auf die Anwendung des EU-Rechtes ist nach Rechtsauffassung des EuGH nicht weniger gravierend als die Schiedsvereinbarungen in den Investitionsschutzabkommen selbst. Es ist laut EuGH nämlich ohne weiteres denkbar, dass die gleiche Vorgehensweise in einer Vielzahl weiterer Verfahren angewendet würde. Dies würde bedeuten, dass immer wieder gegen die Autonomie des EU-Rechts verstoßen würde.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62020CJ0109&from=de>

Kommission; Jahresbericht zur Umsetzung und Durchsetzung von EU-Handelsabkommen

Am 27.10.2021 veröffentlichte die Kommission ihren Jahresbericht über die Umsetzung und Durchsetzung von EU-Handelsabkommen und internationaler Handelsregeln. Der Bericht beschreibt die von der Kommission ergriffenen Maßnahmen, mit denen die Märkte offengehalten und sichergestellt werden sollte, dass die Handelspartner der EU ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Maßnahmen reichen von der Beseitigung von Handelshemmnissen über die Bekämpfung unfairer Handelspraktiken bis zu Maßnahmen in den Bereichen Handel und nachhaltige Entwicklung. Der Bericht zeigt u.a. auf, dass aufgrund der wirksamen Umsetzung und Durchsetzung von EU-Handelsabkommen und internationaler Handelsregeln die EU-Ausfuhren im Jahr 2020 um 5,4 Mrd. EUR anstiegen.

https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2021/september/tradoc_159794.pdf

V e r k e h r

Kommission; Unterzeichnung eines Luftverkehrsabkommens mit Katar

Die EU und Katar haben am 18.10.2021 ein umfassendes Luftverkehrsabkommen unterzeichnet. Es soll die Regeln und Standards für Flüge zwischen der EU und Katar verbessern. Beide Seiten bekennen sich zudem zu fairem Wettbewerb und Berücksichtigung von Sozial- und Umweltschutz. Dies soll dazu beitragen, neue Chancen im Luftverkehr und wirtschaftliche Vorteile für beide Seiten zu schaffen. Gleichzeitig soll es auch als eine Plattform für die künftige Zusammenarbeit im Luftverkehr wirken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5344

Kommission; Konsultation zur Eisenbahninteroperabilität über die schrittweise Abschaffung bestimmter Zugschlussignale für Güterzüge

Am 22.10.2021 startete die Kommission eine bis zum 19.11.2021 laufende Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Eisenbahninteroperabilität. Ziel dieser Initiative ist es, die Vorschriften über die schrittweise Abschaffung von Zugschlussignalen im Einklang mit der derzeit geltenden technischen Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Verkehrsbetrieb und Verkehrssteuerung“ zu ändern. Gleichzeitig soll die Harmonisierung der Eisenbahnsysteme in der EU bis zum 01.01.2026 gewährleistet werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13187-Eisenbahninteroperabilitat-geanderte-Vorschriften-fur-die-schrittweise-Abschaffung-bestimmter-Zugschlussignale-fur-Guterzuge_de

Kommission; Konsultation zur Entwicklung einer Strategie für eine sichere und nachhaltige Nutzung des Weltraums

Die Kommission hat am 22.10.2021 eine bis zum 19.11.2021 laufende Sondierung zur Erarbeitung eines Konzepts für das Weltraumverkehrsmanagement gestartet. Die Zahl der Satelliten im Weltraum ist laut Kommission stark gestiegen. Da Zusammenstöße immer wahrscheinlicher werden und mehr Manöver zur Vermeidung von Kollisionen stattfinden werden, will die EU ein Konzept für das Weltraumverkehrsmanagement erarbeiten.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13163-Weltraumverkehrsmanagement-Entwicklung-einer-EU-Strategie-fur-eine-sichere-und-nachhaltige-Nutzung-des-Weltraums_de

Rat; EP; Einigung bei der Verwendung gemieteter Lastkraftwagen

Der Rat und das EP erreichten am 26.10.2021 eine vorläufige Einigung zu überarbeitete Vorschriften für die Verwendung gemieteter Fahrzeuge im Güterverkehr. Die Überarbeitung soll dazu beitragen, die bisher geltenden Vorschriften zu präzisieren, den Rechtsrahmen zu harmonisieren und die Beschränkungen für die Verwendung dieser Fahrzeuge zu lockern. Zukünftig sollen Mitgliedstaaten (MS) die Verwendung eines Fahrzeugs, das von einem in einem anderen MS niedergelassenen Unternehmen gemietet wird, in ihrem Hoheitsgebiet nicht beschränken können, sofern die einschlägigen Vorschriften im MS der Niederlassung eingehalten werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/10/26/use-of-hired-lorries-presidency-agrees-clearer-and-more-flexible-rules-with-european-parliament/>

Kommission; Monitoring-Bericht 2020 zur Bewertung der Leistung von Flugsicherungsdienstleistern

Die Kommission hat am 27.10.2021 den Monitoring-Bericht 2020 zur Bewertung der Leistung von Flugsicherungsdienstleistern veröffentlicht. Aufgrund weniger Flüge durch die Corona-Pandemie wurden laut Bericht gute Ergebnisse in den Bereichen Umwelt und Kapazität erzielt. Auf der anderen Seite zeigt der Bericht aber auch finanzielle Probleme auf, da trotz geringerer Flüge die Kosten für die Erbringung von Flugsicherungsdiensten im Durchschnitt fast auf dem Niveau von vor der Pandemie blieben. So wird mit weiter hohen Flugsicherungsgebühren zur Deckung der Einnahmeausfälle der Flugsicherungsorganisationen in den Jahren 2020 und 2021 gerechnet. Die Leistung im Bereich Sicherheit blieben hingegen trotz der Herausforderungen durch die Pandemie stabil.

https://transport.ec.europa.eu/news/aviation-new-annual-monitoring-report-2020-assessing-performance-air-navigation-service_en

Kommission; Vierten Versammlung der Internationalen Solarallianz

Im Rahmen der vierten Versammlung der Internationalen Solarallianz (ISA) kündigte Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans am 20.10.2021 ein mit 1 Mio. EUR ausgestattetes Kooperationsprogramm an. Das Kooperationsprogramm soll der Stärkung der Zusammenarbeit mit der ISA, zur Förderung des wissenschaftlichen Austauschs, der Forschung und Innovation sowie zum Austausch bewährter Verfahren über die Mobilisierung von Finanzmitteln für den Einsatz der Solarenergie dienen. Die ISA ist ein Zusammenschluss von Ländern mit dem Ziel, den Ausbau der Solarenergie zu beschleunigen.

https://eeas.europa.eu/delegations/india/105916/european-commission-executive-vice-president-european-green-deal-mr-frans-timmermans_en

Eurostat; Statistiken zu Strom- und Gaspreisen im ersten Halbjahr 2021

Das statistische Amt der EU (Eurostat) hat am 20.10.2021 zwei Statistiken zum einen über die Strom- und zum anderen über die Gaspreise in der ersten Hälfte des Jahres 2021 in der EU veröffentlicht. Während im ersten Halbjahr 2021 die durchschnittlichen Strompreise für private Haushalte in der EU im Vergleich zum gleichen Zeitraum in 2020 leicht anstiegen, entwickelten sich die Gaspreise umgekehrt und gingen in der ersten Jahreshälfte 2021 leicht zurück. In EUR ausgedrückt waren die durchschnittlichen Strompreise für private Haushalte im Vergleich der Mitgliedstaaten (MS) in DEU mit 31,9 EUR pro 100 kWh am höchsten. Zudem gehört DEU zu den wenigen MS in denen die Gaspreise zwischen dem ersten Halbjahr 2020 und ersten Halbjahr 2021 gestiegen sind.

<https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/-/ddn-20211020-1>

Kommission; Konsultation zu grenzüberschreitenden Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien

Die Kommission startete am 21.10.2021 eine Konsultation über den Entwurf einer delegierten Verordnung in Hinblick auf die spezifischen Kriterien und die Einzelheiten des Verfahrens zur Auswahl grenzüberschreitender Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien. Eine Rückmeldung ist bis zum 18.11.2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13239-Delegated-Act-on-cross-border-projects-in-the-field-of-renewable-energy_de

Kommission; EU-Woche für nachhaltige Energie

In der Zeit vom 25. bis zum 29.10.2021 fand die EU-Woche für nachhaltige Energie unter dem Thema „Richtung 2030: Hin zu einem umgestalteten Europäischen Energiesystem“ statt. Die Konferenz mit mehr als 30 verschiedenen und größtenteils virtuellen Sitzungen hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie der Energiesektor einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der EU um mindestens 55% bis 2030 leisten kann, um schließlich bis 2050 klimaneutral zu werden. Am 25.10.2021 startete die Kommission zudem im Rahmen der EU-Woche eine Plattform für Gleichstellungsfragen im Energiesektor. Sie soll als Raum für die Diskussion von Gleichstellungsfragen dienen, den Erfahrungsaustausch erleichtern und bewährte Verfahren im Energiesektor hervorheben.

<https://www.eusew.eu/>

https://ec.europa.eu/energy/topics/energy-strategy/equality-platform-energy-sector_en

Kommission; Bekanntgabe der Gewinner der „2021 EU Sustainable Energy Awards“

Die Kommission gab am 25.10.2021 im Rahmen der EU-Woche für nachhaltige Energie die fünf Gewinner der „2021 EU Sustainable Energy Awards“ bekannt. In der Kategorie des „Citizens‘ Award“ gewann RenOnBill. RenOnBill hat sich das Ziel gesetzt, die Möglichkeiten zu verbessern, Investitionen in die Renovierung von Wohngebäuden durch Zahlungen über die Stromrechnungen zu erhöhen. So soll eine Senkung der Vorlaufkosten für energetische Sanierungen zur Beschleunigung der Akzeptanz erreicht werden. Das Projekt konzentriert sich dabei u.a. auf DEU als Fokusland.

https://ec.europa.eu/info/news/winners-eu-sustainable-energy-awards-announced-2021-oct-26_de

Rat; Aussprache zu den Auswirkungen steigender Energiepreise und möglichen Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene

Am 26.10.2021 fand eine außerordentliche Tagung des Rats Verkehr, Telekommunikation und Energie statt. Thema waren die Auswirkungen der stark steigenden Energiepreise und mögliche kurz-, mittel- und längerfristigen Abhilfemaßnahmen auf nationaler und EU-Ebene. Der Rat begrüßte die "Toolbox" der Kommission zur Bewältigung der steigenden Energiepreise (vgl. BaB 19/2021) und unterstützte generell die Analyse der Ursachen für den Anstieg der Energiepreise. Hinsichtlich kurzfristiger Maßnahmen herrschte Einigkeit, dass dringend nationale Maßnahmen zum Schutz der schwächsten Verbraucher ergriffen werden müssen. Es wurden zudem auch mögliche mittel- und längerfristige Optionen erörtert. Einige Mitgliedstaaten betonten, dass die Klimapolitik und die Energiewende Teil der Lösung und nicht Ursache für den Anstieg der Energiepreise seien.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2021/10/26/>

Kommission; Jahresbericht über die Lage der Energieunion, EU-Fortschrittsbericht über den Klimaschutz, Bericht über den CO2-Markt und Bericht über die Kraftstoffqualität

Die Kommission veröffentlichte am 26.10.2021 ihren Jahresbericht über die Lage der Energieunion sowie zugleich den EU-Fortschrittsbericht über den Klimaschutz, den Bericht über den CO2-Markt und den Bericht über die Kraftstoffqualität. Mit dem Bericht zur Lage der Energieunion für 2021 zieht die Kommission Bilanz in Bezug auf die von der EU bei der Verwirklichung der Energiewende erzielten Fortschritte. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass es zwar eine Reihe ermutigender Entwicklungen gebe, jedoch größere Anstrengungen erforderlich seien, um die Ziele des Green Deals zu verwirklichen. Aus dem Jahresbericht geht u.a. hervor, dass 2020 die erneuerbaren Energieträger erstmals die fossilen Brennstoffe als wichtigste Energiequelle in der EU überholt haben. Der EU-Fortschrittsbericht über den Klimaschutz zeigt zudem, dass die Treibhausgasemissionen im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 aufgrund der Corona-Pandemie einen Rückgang um fast 10% verzeichneten. Laut dem Bericht über den CO2-Markt blieb das EU-Emissionshandelssystem trotz des durch die Pandemie verursachten Wirtschaftsabschwungs robust. Dem Bericht über die Kraftstoffqualität zufolge sind weitere Maßnahmen erforderlich, um das festgelegte Ziel zu erreichen, die Treibhausgasintensität der Kraftstoffe im Verkehrssektor bis 2020 gegenüber 2010 um mindestens 6% zu mindern. Es wird festgestellt, dass die durchschnittliche Treibhausgasintensität von Kraftstoffen im Jahr 2019 im Vergleich zu 2010 nur um 4,3% zurückgegangen ist

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5554

Kommission; Konsultation zur Produkthaftung bei Künstlicher Intelligenz

Die Kommission hat am 19.10.2021 eine öffentliche Konsultation zu den Regeln für den Ersatz von Schäden durch fehlerhafte Produkte eingeleitet. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in Produkten und Dienstleistungen. Bei einer 2018 durchgeführten Bewertung der Produkthaftungsrichtlinie 85/374/EWG sind bereits Probleme festgestellt worden, u.a. hinsichtlich der Art und Weise der Anwendung der Richtlinie auf Produkte in der Digital- und Kreislaufwirtschaft. Die Konsultation soll nun Aufschluss darüber geben, inwieweit diese Probleme noch relevant sind, sowie Informationen und Meinungen darüber einholen, wie die Richtlinie verbessert werden kann. Die Kommission will damit die Entscheidung vorbereiten, wie die Produkthaftungsrichtlinie überarbeitet werden muss, um den spezifischen, mit KI einhergehenden Herausforderungen gerecht zu werden. Das ist für die Kommission der nächste Schritt der europäischen KI-Regulierung, die sie mit der Vorlage für eine neue KI-Verordnung am 21.04.2021 eingeleitet hatte. Die Konsultation endet am 10.01.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12979-Civil-liability-adapting-liability-rules-to-the-digital-age-and-artificial-intelligence/public-consultation_de

Kommission; Konsultationsplattform zum TTC eingerichtet

Am 18.10.2021 hat die Kommission eine Online-Konsultationsplattform für den EU-USA-Handels- und Technologierat (TTC) eingerichtet. Der TTC hat zum ersten Mal am 29.09.2021 in Pittsburgh (USA) getagt (vgl. BaB 18/2021). Er dient den USA und der EU als Forum, um sich in wichtigen globalen Handels-, Wirtschafts- und Technologiefragen zu koordinieren und die transatlantischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte zu vertiefen. Die Vertreterinnen und Vertreter beider Seiten waren sich dabei einig, die verschiedenen Interessengruppen auf beiden Seiten des Atlantiks eng zu konsultieren. Die nun von der Kommission eingerichtete Plattform dient diesem Zweck. Interessierte Parteien können, nach einer Registrierung, auf diese Weise die Arbeit der zehn spezifischen TTC-Arbeitsgruppen verfolgen und ihre Anliegen dort einbringen.

<https://futurium.ec.europa.eu/en/EU-US-TTC>

Kommission; Benennung des Registers für die Domäne oberster Stufe .eu

Die Kommission hat am 25.10.2021 den Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1878 zur Benennung des Registers für die Domäne oberster Stufe („Top Level Domain“, TLD) „.eu“ verabschiedet. Die Kommission benennt das Register, das mit der Organisation und Verwaltung der TLD .eu betraut wird, auf der Grundlage eines Auswahlverfahrens. Der derzeit laufende Vertrag endet im Oktober 2022. Nach Durchführung eines neuen Auswahlverfahrens hat die Kommission das Europäische Register für Internetdomänen (European Registry for Internet Domains, EURid) mit Sitz in BEL gem. Artikel 8c Abs. 3 der Verordnung (EU) 2019/517 als Register für die Domäne .eu benannt und mit der Organisation und Verwaltung der Domäne betraut. EURid war auch zuvor das verantwortliche Register. Der Dienstleistungskonzessionsvertrag hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Mit 3,7 Mio. registrierten .eu-Domännennamen im April 2021 ist die .eu-Domäne die achtgrößte TLD weltweit. Sie ermöglicht EU-Bürgern sowie Unternehmen und Organisationen mit Sitz in der Union, einen Domännennamen zu registrieren, und wird auch von den Organen, Agenturen und Einrichtungen der Union genutzt.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021D1878&from=EN>

Kommission; Kooperation in der Hochschulbildung

Die Kommission hat am 20.10.2021 eine Konsultation zur Thematik vertiefte und nachhaltige transnationale Zusammenarbeit in der Hochschulbildung in der EU initiiert und um Teilnahme geworben. Hintergrund ist die im Arbeitsprogramm der Kommission für das kommende Jahr geplante Vorlage einer Empfehlung der EU hierzu. Die Kommission möchte im Vorfeld der Veröffentlichung der Initiative, die voraussichtlich in eine Ratsempfehlung münden wird, Rückmeldungen von interessierten Akteuren einholen. Die Kommission basiert ihre Konsultation auf positiven Erfahrungen, die mit der Initiative Europäische Hochschulnetzwerke, gefördert über Erasmus+, gesammelt wurden. Die neue Initiative soll künftig die Kooperation von Hochschuleinrichtungen in der EU deutlich erleichtern. Die Konsultation ist bis zum 17.11.2021 geöffnet.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13198-European-universities-deeper-and-sustainable-transnational-cooperation-in-higher-education-de>

Kommission; Künftige Hochschulstrategie

Die Kommission hat am 20.10.2021 eine Konsultation zum Thema europäische Hochschulstrategie veröffentlicht und um Rückmeldungen interessierter Akteure geworben. Hintergrund der Konsultation ist die bevorstehende Vorlage einer EU-Hochschulstrategie, die im Arbeitsprogramm der Kommission für das kommende Jahr vorgesehen ist. Die Hochschulbildung in Europa müsse sich vor dem Hintergrund des Klimawandels, neuer Technologien, des demografischen Wandels und der Pandemie mit veränderten Bedingungen auseinandersetzen und sich an diese anpassen, so die Generaldirektion Bildung der Kommission in dem einleitenden Dokument zur Konsultation. Mit dieser Initiative will die Kommission den Hochschulsektor dabei unterstützen, den Wandel zu bewältigen und eine führende Rolle bei der Verwirklichung der politischen Ziele der EU zu übernehmen. Die Konsultation ist bis zum 17.11.2021 geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13198-Building-bridges-for-effective-European-higher-education-cooperation_de

Kommission; Erasmus+,Horizont Europa, Abkommen mit der Türkei

Die Kommission hat am 27.10.2021 drei Einzelabkommen mit der Türkei über eine engere Zusammenarbeit bei den Forschungs-, Innovations- und Bildungsprogrammen der EU unterzeichnet. Für die Förderperiode bis 2027 wird der Türkei der Status eines assoziierten Partners mit dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa, dem Programm Erasmus+ und den Europäischen Solidaritätskorps gewährt. Somit sollen Forscherinnen und Forscher, Innovatoren, Studierende, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Lehrkräfte und junge Menschen mit Sitz in der Türkei nun zu den gleichen Bedingungen teilnehmen können wie Teilnehmende aus den EU-Mitgliedstaaten. Die Assoziierung zu Horizont Europa ist die engstmögliche Form der Zusammenarbeit im Forschungsbereich mit Ländern außerhalb der EU. Die Assoziierung mit Erasmus+ unterstützt lebenslanges Lernen sowie die schulische, berufliche und persönliche Entwicklung von Menschen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport in Europa. Das Europäische Solidaritätskorps fördert das Engagement junger Menschen und Organisationen in Aktivitäten, um durch die Bewältigung gesellschaftlicher und humanitärer Herausforderungen zur Stärkung des Zusammenhalts, der Solidarität und der Demokratie beizutragen. Die Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend Mariya Gabriel begrüßte in einer Mitteilung die getroffene Einigung mit der Türkei zur engeren Zusammenarbeit ausdrücklich.

https://ec.europa.eu/germany/news/20211027-tuerkei-teilnahmeerlaubnis-fuer-wichtige-eu-programme_de

Finanzdienstleistungen

ESMA; Verena Ross zur neuen Vorsitzenden ernannt

Der Rat hat am 15.10.2021 beschlossen, Verena Ross mit Wirkung zum 01.11.2021 zur Vorsitzenden der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) zu ernennen. Ihre Amtszeit wird fünf Jahre betragen und kann einmal verlängert werden. Verena Ross hat einen Abschluss in Chinastudien und Wirtschaftswissenschaften sowie einen Master in Wirtschaftswissenschaften. Bevor sie sich für die Position der ESMA-Vorsitzenden bewarb, arbeitete sie zehn Jahre lang als Exekutivdirektorin der Behörde. Davor hatte sie mehrere leitende Positionen bei der britischen Finanzdienstleistungsbehörde inne.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/10/15/verena-ross-appointed-chair-of-esma/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Verena+Ross+appointed+chair+of+ESMA

Kommission; Vorschläge zur Umsetzung von Basel-III

Die Kommission hat am 27.10.2021 im Rahmen eines Bankenpakets ihre Vorschläge zur Umsetzung der Basel-III-Vereinbarung in der EU vorgelegt. Mit den Vorschlägen soll die Reform der Bankenvorschriften, auf die sich die EU und ihre G20-Partner im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht geeinigt hatten, abgeschlossen werden, um die Banken widerstandsfähiger gegenüber wirtschaftlichen Schocks zu machen. Der Vorschlag soll insbesondere sicherstellen, dass die von den Banken zur Berechnung ihrer Eigenkapitalanforderungen verwendeten „internen Modelle“ die Risiken nicht zu gering ansetzen und dass die Banken genügend Kapital zur Deckung ihrer Risiken vorhalten. Des Weiteren werden mit dem vorgelegten Bankenpaket die Banken verpflichtet, ESG-Risiken im Rahmen ihres Risikomanagements systematisch zu ermitteln, offenzulegen und zu steuern. Dies beinhaltet die regelmäßige Durchführung von Klimastresstests sowohl durch die Aufsichtsbehörden als auch durch die Banken. In dem Paket sind auch stärkere Instrumente für die Beaufsichtigung von Banken in der EU durch die zuständigen Aufsichtsbehörden vorgesehen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20211027-eu-basel-iii-staerkung-widerstandsfahigkeit-der-banken_de

Finanzen

Kommission; Debatte zur Reform der Schuldenregeln wird fortgesetzt

Am 19.10.2021 hat die Kommission eine Mitteilung zum EU-Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung vorgelegt. Darin wird eine Bestandsaufnahme der veränderten Rahmenbedingungen für die wirtschaftspolitische Steuerung nach der COVID-19-Krise vorgenommen und eine öffentliche Debatte über die Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung angestoßen bzw. fortgeführt. Insbesondere ist eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts geplant, um den Spielraum für die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zu erweitern und auf die dringenden Herausforderungen wie Klimaschutz und Digitalisierung reagieren zu können. Denn die öffentlichen Schuldenquoten sind während der Pandemie weiter gestiegen, so dass sich ein nach den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts erforderlicher Abbau der

Verschuldung auf ein vertretbares Niveau in nachhaltiger und zugleich wachstumsfreundlicher Weise schwierig gestaltet. Mit der vorgelegten Mitteilung soll das durch die Pandemie unterbrochene Konsultationsverfahren vom Frühjahr 2020 fortgesetzt werden. Bis Ende 2021 können alle Stakeholder anhand von 11 Leitfragen Ideen und Meinungen einbringen. Die Mitteilung bietet selbst noch keine Reformvorschläge.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/economy-finance/economic_governance_review-communication.pdf

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 3,4% gestiegen

Am 20.10.2021 veröffentlichte das Statistische Amt der EU (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im September 2021 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 3,4% gegenüber 3,0% im August. Ein Jahr zuvor hatte sie -0,3% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im September bei 3,6% gegenüber 3,2% im August. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,3% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in MTA (0,7%), PTL (1,3%) und GRI (1,9%) gemessen, die höchsten in EST (6,4%), LIT (6,4%), und POL (5,6%). Im September kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Energie (+1,63 Prozentpunkte), gefolgt von Dienstleistungen (+0,72 Prozentpunkte), Industriegütern ohne Energie (+0,57 Prozentpunkte) sowie Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,44 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im September 4,1%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563327/2-20102021-AP-DE.pdf/7c5c5f53-f616-a73b-610a-a1da4f1b39c2>

Eurostat; Öffentliches Defizit im Euroraum und in der EU bei 7,2% bzw. 6,9% des BIP im Jahr 2020

Am 21.10.2021 veröffentlichte das Statistische Amt der EU (Eurostat) die Zahlen zum öffentlichen Schuldenstand und zum Defizit im Euroraum und der EU für das Jahr 2020. Im Jahr 2020 erhöhten sich das öffentliche Defizit ebenso wie der öffentliche Schuldenstand im Rahmen der Maßnahmen, die als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie ergriffen wurden, sowohl im Euroraum als auch in der EU erheblich im Vergleich zu 2019. Gemessen am BIP stieg das öffentliche Defizit im Euroraum von 0,6% im Jahr 2019 auf 7,2% im Jahr 2020 und in der EU von 0,5% auf 6,9%. Gemessen am BIP erhöhte sich der öffentliche Schuldenstand im Euroraum von 83,6% (Ende 2019) auf 97,3% (Ende 2020) und in der EU von 77,2% auf 90,1%. Im Jahr 2020 verzeichneten alle Mitgliedstaaten ein Defizit. Die höchsten Defizite wurden in ESP (-11,0%), GRI (-10,1%), MTA (-9,7%), ITL (-9,6%), ROM (-9,4%), BEL und FRA (beide -9,1%), AUT (-8,3%), HUN (-8,0%), SLO (-7,7%), KRO (-7,4%), LIT (-7,2%) und POL (-7,1%) registriert. Alle Mitgliedstaaten, außer DNK (-0,2%) und SWE (-2,8%), wiesen ein Defizit von mehr als 3% des BIP auf. Am Ende des Jahres 2020 wurden die niedrigsten Verschuldungsquoten (öffentlicher Schuldenstand im Verhältnis zum BIP) in EST (19,0%), BUL (24,7%), LUX (24,8%), Tschechien (37,7%) und SWE (39,7%) verzeichnet. Dreizehn Mitgliedstaaten wiesen eine Verschuldungsquote von mehr als 60% des BIP auf. Die höchsten Verschuldungsquoten wurden in GRI (206,3%), ITL (155,6%), PTL (135,2%), ESP (120,0%), CYP (115,3%), FRA (115,0%) und BEL (112,8%) registriert. DEU wies 2020 ein Defizit von 4,3% und eine Verschuldungsquote in Höhe von 68,7% auf.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563331/2-21102021-AP-DE.pdf/67e11ea1-6eb6-ff07-4c9e-7d181e32de7b>

Eurostat; Rückgang des öffentlichen Schuldenstands im Euroraum auf 98,3% des BIP im zweiten Quartal

Am 22.10.2021 veröffentlichte das Statistische Amt der EU (Eurostat) die Zahlen zum öffentlichen Schuldenstand im Euroraum und der EU. Am Ende des zweiten Quartals 2021 belief sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum auf 98,3%, gegenüber 100% am Ende des ersten Quartals in 2021. In der EU sank die Quote von 92,4% auf 90,9%. Sowohl im Euroraum als auch in der EU sank der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP zum Ende des zweiten Quartals aufgrund der Erholung des BIP, während die Schulden aufgrund des Finanzierungsbedarfs der staatlichen Reaktionen auf die zur Milderung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen eingesetzten Maßnahmen der Corona-Pandemie stiegen. Verglichen mit dem zweiten Quartal 2020 erhöhte sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP sowohl im Euroraum (von 94,4% auf 98,3%) als auch in der EU (von 87,2% auf 90,9%). Die höchsten Verschuldungsquoten im Verhältnis zum BIP wurden am Ende des zweiten Quartals 2021 in GRI (207,2%), ITL (156,3%), PTL (135,4%), ESP (122,8%), FRA (114,6%), BEL (113,7%) sowie CYP (112,0%) verzeichnet und die niedrigsten Quoten in EST (19,6%), BUL (24,7%) und LUX (26,2%). In DEU stieg der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP von 66,4% im zweiten Quartal 2020 auf 69,7% im zweiten Quartal 2021.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563335/2-22102021-AP-DE.pdf/bcd674ca-9402-8319-1d9b-807a9ab4fb4f>

EuRH; Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2020

Am 26.10.2021 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) seinen Jahresbericht 2020. Darin schlussfolgerte der EuRH, dass die Jahresrechnung der EU für das Haushaltsjahr 2020 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittele und auch die Einnahmen fehlerfrei seien. Die Zahlungen jedoch wiesen nach wie vor zu viele Fehler auf. Die Prüfer stellten fest, dass sich das Ausmaß der Unregelmäßigkeiten bei den EU-Ausgaben im Jahr 2020 insgesamt nicht verändert habe. Es läge – wie schon im Jahr 2019 – bei 2,7%. 2020 galten mehr als die Hälfte der geprüften Ausgaben (59%) als mit einem hohen Risiko verbunden. Dies bedeute gegenüber 2019 (53%) und den Jahren davor einen weiteren Anstieg. Die Vorschriften und Förderkriterien bei dieser Art von Ausgaben seien häufig komplex, was Fehler wahrscheinlicher mache. In diesem Bereich sei die Fehlerquote nach wie vor wesentlich. Sie liege geschätzt bei 4,0% (2019: 4,9%). Wie im Vorjahr gelangten die Prüfer zu dem Schluss, dass die Fehlerquote bei dieser Art von Ausgaben, die einen Großteil der Gesamtausgaben ausmachen, umfassend sei, und gaben daher ein sogenanntes versagtes Prüfungsurteil zu den EU-Ausgaben für 2020 ab.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/annualreports-2020/annualreports-2020_DE.pdf

Rat; Tagung des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Am 28.10.2021 trafen sich die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) zu einer Videokonferenz. Dabei zogen sie Bilanz der ökonomischen Erholung in Europa und diskutierten die Umsetzung und Zustimmung zu den nationalen Wiederaufbauplänen von EST, FIN und ROM. Der für die Annahme erforderliche Beschluss soll im schriftlichen Verfahren erfolgen. Danach können die Länder ihre beantragte Vorfinanzierung in Höhe von 13% erhalten.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2021/10/28/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Informal+video+conference+of+economy+and+finance+ministers#

EZB; Fortführung der ultra-lockeren Geldpolitik

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) behielt bei seiner Sitzung am 28.10.2021 den expansiven geldpolitischen Kurs mit Zinsen auf Rekordtief und milliardenschweren Anleihekäufen bei. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 0,00%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und der Einlagefazilitätzinssatz bei -0,50%. Die Ankäufe im Rahmen des Notfallprogramms PEPP werden mit einem Volumen von insgesamt 1,85 Bio. EUR fortgeführt. Der EZB-Rat wird die Nettoankäufe mindestens bis Ende März 2022 und in jedem Fall so lange durchführen, bis die Phase der Coronavirus-Krise seiner Einschätzung nach überstanden ist. Auch die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) im Umfang von monatlich 20 Mrd. EUR werden fortgesetzt.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.mp211028~85474438a4.de.html>

S o z i a l e s

Rat; Rat der EU-Sozialministerinnen und -minister am 15.10.2021

Am 15.10.2021 tagte der Rat der EU-Ministerinnen und Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz unter slowenischer Ratspräsidentschaft. Gegenstand des Austausches waren die Rolle des Europäischen Semesters 2022 im Kontext der Sozialpolitik, die Frage eines Gender-Mainstreamings im EU-Budget sowie das Thema Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2021/10/15/>

Kommission; Neue Maßnahmen für mehr Inklusion und Diversität in Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps

Am 22.10.2021 teilte die Kommission mit, neue Maßnahmen zu implementieren, um Diversität und Inklusion im Programm Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps zu fördern. Die Maßnahmen sollen gezielt Menschen erreichen, die sonst wenig Chancen haben, im Ausland zu studieren oder zu arbeiten. Zu den Maßnahmen gehören eine gezielte finanzielle Unterstützung sowie eine Priorisierung im Auswahlverfahren. Außerdem soll das Angebot flexibler werden und Teilnehmenden eine individuelle Unterstützung zur Verfügung stellen. Auch die teilnehmenden Organisationen sollen unterstützt werden, um ihr Programm entsprechend inklusiver anzupassen. Schließlich kündigte die Kommission an, zukünftig gezielt Diversität und Inklusion in den Programmen zu evaluieren.

<https://erasmus-plus.ec.europa.eu/document/commission-decision-framework-inclusion-2021-27>

Kommission; Umfrage zum Europäischen Jahr der Jugend 2022

Am 22.10.2021 eröffnete die Kommission ein Beteiligungsportal für junge Menschen. Diese können ihre Erwartungen, Interessen und Vorstellungen zum Europäischen Jahr der Jugend 2022 mitteilen. Nach der Annahme des förmlichen Vorschlags zum Europäischen Jahr der Jugend, soll die Umfrage dazu beitragen, die Themen und Aktivitäten auszuwählen, die sich junge Menschen vom Europäischen Jahr der Jugend wünschen. Die Umfrage bleibt bis zum 17.11.2021 geöffnet.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/d6053480-a3d3-00fa-598a-a6a8b6119df3>

Rat; Kernbotschaften des dreigliedrigen Sozialgipfels

Am 20.10.2021 fand der dreigliedrige EU-Sozialgipfel statt. Hierbei tauschten sich der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, die Präsidentin der Kommission,

Ursula von der Leyen und der slowenische Ministerpräsident Janez Janša mit Vertreterinnen und Vertretern von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern aus. Sie erörterten, wie sichergestellt werden könne, dass der wirtschaftliche Aufbau nach COVID-19 sozial gerecht gestaltet werden könne. Außerdem sprachen sie darüber, wie die Berufe in der EU nachhaltiger werden können und über die Rolle der Sozialpolitik bei dem grünen und digitalen Wandel. Die Präsidentin der Kommission und der Präsident des Europäischen Rates betonten dabei die Bedeutung der Sozialpartner.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/10/20/main-messages-from-the-tripartite-social-summit-20-october-2021/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Main+messages+from+the+Tripartite+Social+Summit%2c+20+October+2021

G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

Kommission; Ausdehnung der EU-Umweltzeichen auf alle Kosmetika und Tierpflegeprodukte

Am 25.10.2021 hat die Kommission neue Kriterien für das EU-Umweltzeichen für Kosmetika und Tierpflegeprodukte angenommen, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern in der gesamten EU einen verlässlichen Nachweis für wirklich umweltfreundliche Marken bieten sollen. Die aktualisierten Kriterien für das EU-Umweltzeichen gelten nun für alle kosmetischen Produkte, wie sie in der EU-Kosmetikverordnung definiert sind. Die bisherigen Anforderungen an Kosmetika, die mit dem EU-Umweltzeichen ausgezeichnet werden sollten, betrafen nur eine begrenzte Anzahl so genannter "Rinse-off"-Produkte wie Körperpflegemittel, Shampoo und Conditioner. Die aktualisierten Vorschriften umfassen nun auch "Leave-on"-Kosmetika wie z.B. Cremes, Öle und Hautpflegelotionen. Die Kriterien für das EU-Umweltzeichen sollen dazu beitragen, die Umweltauswirkungen von Produkten auf Wasser, Boden und biologische Vielfalt zu verringern, und sollen einen Beitrag zu einer sauberen Kreislaufwirtschaft und einer giftfreien Umwelt leisten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20211025-kommission-dehnt-eu-umweltzeichen-auf-weitere-produkte-aus_de

EP; Resolution zum Schutz vor krebserregendem Asbest

Am 20.10.2021 verabschiedete das EP in der Plenartagung eine Resolution zum Schutz vor krebserregendem Asbest. Die Resolution wurde mit 675 Stimmen angenommen, 2 Abgeordnete stimmten dagegen und 23 enthielten sich. Die Resolution fordert die Kommission auf, eine Strategie vorzuschlagen, um Asbest sicher aus Gebäuden zu entfernen und einen Mindeststandard für Entschädigungen der Menschen, die in Folge ihrer Arbeit mit Asbest erkrankt sind, festzulegen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20211014IPR14932/protect-workers-from-asbestos-more-robustly>

U m w e l t

Kommission; Konsultation zur Erweiterung der Vorschriften für die Bestimmung der CO2-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge

Die Kommission stellte am 15.10.2021 einen Entwurf einer Änderung der Verordnung zur Bestimmung der CO2-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge zur Konsultation. Durch diese Änderung soll der bisherige Anwendungsbereich um weitere relevante Fahrzeugklassen wie mittelschwere Lastfahrzeuge und schwere Busse erweitert

werden. Außerdem sollen Vorgaben für neuere Technologien wie Hybridisierung, Elektrifizierung oder Abwärmenutzung festgelegt werden. Rückmeldungen können noch bis zum 12.11.2021 abgegeben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13235-Heavy-duty-vehicles-extension-of-scope-of-procedures-for-determining-CO2-emissions_de

Kommission; Konsultation zu den Regeln zur Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien

Am 19.10.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien gestartet. Die Verordnung enthält Vorschriften für den internationalen Handel mit gefährlichen Chemikalien und zielt darauf ab, unerwünschte Einfuhren zu verhindern und bei der Ausfuhr gefährlicher Chemikalien stets Informationen über Gefahren, Risiken und sichere Handhabung zu gewährleisten. Die vorgeschlagene Änderung betrifft die Änderung zweier Listen in der Verordnung. Konkret handelt es sich zum einen um die Aufnahme einiger in der EU verbotenen Pestizide in die Liste der Chemikalien, die Ausfuhrbeschränkungen unterliegen. Zum anderen geht es um die Aufnahme einiger Schadstoffe und Quecksilberprodukte in die Liste der Chemikalien, die nicht ausgeführt werden dürfen. Rückmeldungen können bis zum 16.11.2021 gegeben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12509-Gefahrliche-Chemikalien-Vorschriften-fur-die-Aus-und-Einfuhr-Aktualisierung_de

EP; Resolution zur VN-Klimakonferenz in Glasgow

Das EP hat am 21.10.2021 seinen Standpunkt zur VN-Klimakonferenz COP26 in Glasgow, die vom 31.10. bis 12.11.2021 stattfindet, mit 527 Ja-Stimmen, 134 Nein-Stimmen und 35 Enthaltungen verabschiedet. In der Entschließung äußern die Abgeordneten ihre Besorgnis, dass die 2015 in Paris angekündigten nationalen Ziele bis 2100 zu einer Erwärmung von deutlich über drei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau führen würden. Die EU müsse im Kampf gegen den Klimawandel weltweit führend bleiben. Alle direkten und indirekten Subventionen für fossile Brennstoffe in der EU sollten bis 2025 auslaufen. Die Industrieländer müssten ihr Versprechen einhalten, mindestens 100 Mrd. Dollar Klimafinanzierung pro Jahr für Entwicklungsländer aufzubringen und diesen Betrag ab 2025 erhöhen. Alle G20-Länder sollten bis 2050 klimaneutral sein.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211014IPR14913/climate-change-raise-global-ambitions-to-achieve-strong-outcome-at-cop26>

Kommission; Berichte über die EU-Klimaschutzmaßnahmen

Am 26.10.2021 nahm die Kommission drei Berichte über die Fortschritte der EU-Klimapolitik im Jahr 2020 an: den EU-Fortschrittsbericht zum Klimaschutz, den Bericht über den Kohlenstoffmarkt und den Bericht über die Kraftstoffqualität. Der Fortschrittsbericht zum EU-Klimaschutz zeigt, dass die Treibhausgasemissionen der EU27 im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 um fast 10% gesunken sind. Dies ist ein noch nie dagewesener Rückgang der Emissionen aufgrund der COVID-19-Pandemie, wodurch die EU ihr Ziel aus dem Kyoto-Protokoll der UNFCCC deutlich übertroffen hat. Der Bericht über den Kohlenstoffmarkt zeigt, dass das EU-Emissionshandelssystem robust bleibt und dem durch die Pandemie verursachten Wirtschaftsabschwung standhält. Dem Bericht über die Qualität von Kraftstoffen zufolge sind weitere Maßnahmen erforderlich, um das in der Richtlinie über die Qualität von Kraftstoffen festgelegte Ziel einer Verringerung der Treibhausgasintensität von Verkehrskraftstoffen um mindestens 6% bis 2020 im Vergleich zu 2010 zu erreichen.

Diese drei Berichte wurden zusammen mit dem Bericht zur Lage der Energieunion, Informationen über Energiesubventionen und dem Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit sauberer Energietechnologien veröffentlicht.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5555

Kommission; Neue Europäische Bürgerinitiative zum Umweltschutz wird registriert

Die Kommission beschloss am 27.10.2021, eine Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Call to Action – Environmental protection in all policies“ („Aufruf zum Handeln – Umweltschutz in allen Politikbereichen“) zu registrieren. Die Initiatoren der Initiative fordern die Kommission auf, einen Rechtsakt vorzuschlagen, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten bei nationalen Maßnahmen Umweltaspekte berücksichtigen. Da die Europäische Bürgerinitiative (EBI) die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, ist sie nach Auffassung der Kommission rechtlich zulässig. Eine inhaltliche Prüfung der Vorschläge hat sie zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen. Nach der Registrierung können die Organisatoren mit der Sammlung von Unterschriften beginnen. Wenn eine europäische Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Mio. Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhält, muss die Kommission reagieren. Sie kann dann selbst entscheiden, ob sie der Initiative nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_5589

Kommission; Verordnungsvorschlag zu Grenzwerten für Chemikalien und Abfällen

Am 28.10.2021 hat das Kollegium der Kommission einen Vorschlag zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor einigen der schädlichsten Chemikalien in Abfällen, persistenten organischen Schadstoffen, verabschiedet. Mit dem Vorschlag einer Verordnung sollen die Grenzwerte für diese Chemikalien in Abfällen gesenkt werden, um zu verhindern, dass sie wieder in den Wirtschaftskreislauf gelangen. Persistente organische Schadstoffe sind Chemikalien mit toxischen Eigenschaften, die für lange Zeit in der Umwelt verbleiben, sich in Nahrungsketten anreichern und der menschlichen Gesundheit und der Umwelt schaden können. Wenngleich persistente organische Schadstoffe (POP) eigentlich nicht mehr in neuen Produkten verwendet werden, können sie noch immer in Abfällen aus einigen Konsumgütern wie wasserdichten Textilien, Möbeln oder Kunststoffen nachgewiesen werden. Der Vorschlag sieht vor, strenge Grenzwerte für die folgenden drei Stoffe oder Stoffgruppen in Abfällen einzuführen: Perfluorooctansäure (PFOA), ihre Salze und verwandte Verbindungen; Dicofof – ein Pestizid, das früher in der Landwirtschaft verwendet wurde und Pentachlorphenol, seine Salze und Ester – zu finden in bearbeitetem Holz und Textilien. Zusätzlich schlägt die Kommission vor, die Grenzwerte für fünf weitere Stoffe oder Stoffgruppen in Abfällen, für die bereits Vorgaben gelten, zu senken. Der Entwurf der Verordnung wird nun im Gesetzgebungsverfahren beraten werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip_21_5552/IP_21_5552_DE.pdf

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Konsultation zur Aktualisierung der EU-Tierschutzvorschriften

Um den Tierschutz in der EU zu stärken, hat die Kommission am 15.10.2021 eine Konsultation zur Überarbeitung der EU-Tierschutzvorschriften veröffentlicht. Ziel der

Initiative ist es, die Vorschriften zu aktualisieren, um den jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen stärker Rechnung zu tragen, den Geltungsbereich auszuweiten und die Vorschriften leichter durchsetzbar zu machen. Rückmeldungen können noch bis zum 21.01.2021 abgegeben werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das Vierte Quartal 2023 vorgesehen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12950-Tierschutz-Uberarbeitung-der-EU-Vorschriften_de

Kommission; Studien zu Auswirkungen der Umsetzungen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“

In verschiedenen erst kürzlich veröffentlichten Studien, darunter auch die Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission, wurden mögliche Auswirkungen einiger Elemente der „Farm-to-Fork-Strategie“ und der Biodiversitätsstrategie auf die Landwirtschaft in der EU analysiert. Laut Mitteilung der Kommission vom 18.10.2021 bieten die Studien zwar einen wertvollen Einblick in die Wahl der politischen Instrumente zur Abschwächung der Risiken, jedoch könnten die in den Studien verwendeten Modelle die Auswirkungen der beiden Strategien nicht im vollem Umfang bewerten. Das läge daran, dass künftige Änderungen im Verbraucherverhalten, die Auswirkungen von Forschung und Innovation oder die technologische Übernahme im Agrarsektor nicht oder nur teilweise berücksichtigt werden. Trotzdem begrüßt die Kommission die Beiträge der Studien zur Debatte über den Übergang zu nachhaltigeren Lebensmittelsystemen.

https://ec.europa.eu/info/news/green-deal-2030-targets-and-agricultural-production-studies-2021-oct-18_de

EP; Annahme des Berichts zur Strategien „Vom Hof auf den Tisch“ im Plenum

Das EP unterstützte in einer Abstimmung vom 19.10.2021 die Ziele der von der Kommission vorgelegten EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und bekundete seine Unterstützung für eine nachhaltigere Landwirtschaft. Weiterhin gab das EP Empfehlungen zu Themen wie gesündere Lebensmittel, Klimaschutz und Tierschutz. Der Bericht des EP wurde unter gemeinsamer Federführung der Ausschüsse für Umwelt (Berichterstatte MdEP Anja Hazekamp (GUE/NDL)) und Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (Berichterstatte MdEP Herbert Dorfmann (EVP/ITL)) mit 452 zu 170 Stimmen bei 76 Enthaltungen verabschiedet. Die Abgeordneten forderten mehr Nachhaltigkeit in der gesamten Lebensmittelversorgungskette. Dazu müssten alle Beteiligten – von den Höfen bis zu den Haushalten – einen Beitrag leisten. Die Kommission solle außerdem dafür sorgen, dass landwirtschaftliche Betriebe einen gerechten Anteil am Gewinn aus nachhaltig erzeugten Lebensmitteln erhalten. Dafür solle sie etwa die Wettbewerbsregeln anpassen, um die Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lieferkette zu stärken.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211014IPR14914/eu-strategie-vom-hof-auf-den-tisch-gesundere-und-nachhaltigere-lebensmittel>

Kommission; Konsultation zu Durchführungsbestimmungen zum Handel mit Bio-Erzeugnissen

Die Kommission stellte für die Zeit vom 21.10.2021 bis 18.11.2021 den Entwurf einer Durchführungsverordnung über Durchführungsbestimmungen für den Handel mit Bio-Erzeugnissen zur Konsultation. Nach Annahme der neuen Verordnung über die ökologische/biologische Produktion (die ab 2022 gilt) müssen nun Durchführungsbestimmungen für den Handel mit Bio-Erzeugnissen erlassen werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12171-Okologischer-Landbau-Handel-mit-Bio-Erzeugnissen-Durchfuhrungsbestimmungen_de

Kommission; Anpassung der Vorschriften für das EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch

Am 23.10.2021 stellte die Kommission einen Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Anpassung der Durchführungsregeln für das EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch zur Konsultation. Bei der Anwendung vereinfachter Kostenschemata soll die Anforderung der Preisangabe in den Beihilfeanträgen und die Vorgabe, dass die Beihilfe erst nach Prüfung des Zahlungsnachweises ausgezahlt werden darf, entfallen. Zudem wird die nicht erschöpfende Liste von Überprüfungen, die im Rahmen der Kontrollen der Beihilfen für die Lieferung von Erzeugnissen und für pädagogische Maßnahmen durchzuführen sind, ergänzt. Rückmeldungen können noch bis zum 20.11.2021 gegeben werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13070-Schulprogramm-fur-Obst-Gemuse-und-Milch-Beihilfeantraege-Beihilfezahlungen-und-Kontrollen-Aktualisierungen- de>

Konsultation; Aktualisierung der Überprüfung von Bioziden

Am 26.10.2021 stellte die Kommission einen Entwurf einer delegierten Verordnung zur Aktualisierung der laufenden Überprüfung im Hinblick auf Wirkstoff-/Produktart-Kombinationen von Bioziden zur Konsultation. Im Rahmen eines bis Ende 2024 laufenden Programms werden in der Union verwendete biozide Wirkstoffe bewertet, um festzustellen, ob sie ein Risiko für die menschliche Gesundheit und/oder die Umwelt darstellen. Mit dieser Initiative wird das Programm aktualisiert, um bestimmte Wirkstoff-/Produktart-Kombinationen, deren Genehmigung/Aufnahme nicht länger betrieben wird, sowie von der Kommission genehmigte oder nicht genehmigte Wirkstoff-/Produktart-Kombinationen zu streichen. Im Anschluss wird die Liste der Kombinationen auf den neuesten Stand gebracht.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12577-Biozide-Aktualisierung-der-laufenden-Überprüfung-im-Hinblick-auf-Wirkstoff-Produktart-Kombinationen de>

Kommission; Statistik zum Agrar- und Lebensmittelhandel der EU

Am 26.10.2021 veröffentlichte die Kommission die Kennzahlen für den Agrar- und Lebensmittelhandel in der EU für den Zeitraum Januar-Juli 2021. Die Zahlen zeigen, dass sich der EU Agrar- und Lebensmittelhandel (Ausfuhren und Einfuhren) von Januar bis Juli 2021 auf 183,8 Mrd. EUR (3,2% mehr als im Vorjahreszeitraum) belief. Die Ausfuhren stiegen um fast 6% auf 111,4 Mrd. EUR, was für die ersten sieben Monate des Jahres einem Agrar- und Lebensmittelhandelsüberschuss von insgesamt 39 Mrd. EUR entspricht. Der größte Anstieg bei den Ausfuhren war bei den Ausfuhren mit einem Zuwachs von 1,6 Mrd. EUR in die USA zu verzeichnen. Anschließend folgten China (+857 Mio. EUR) und die Schweiz (+450 Mio. EUR). Am stärksten zurück gingen die Ausfuhren von Nahrungsmitteln nach GBR (ca. -2%). Im genannten Zeitraum waren vor allem die Produktkategorien Wein (+2,2 Mrd. EUR) sowie Spirituosen und Liköre (+1,1 Mrd. EUR) mit einem Anstieg von 30% bzw. 32% gefragt. Deutliche Rückgänge gab es dagegen bei den Ausfuhren von Weizen (-1,3 Mrd. EUR) und Säuglingsnahrung (-718 Mio. EUR).

<https://ec.europa.eu/info/news/eu-agri-food-trade-continues-show-solid-growth-2021-oct-26 de>

Kommission; Konsultation zur einheitlichen Grundsätzen zur Zulassung von Pestiziden

Am 26.10.2021 stellte die Kommission einen Verordnungsvorschlag zur Aktualisierung der geltenden Vorschriften zur Bewertung und die Zulassung von

Pflanzenschutzmitteln zur Konsultation. Die EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ zielt darauf ab, die Abhängigkeit von chemischen Pestiziden zu verringern, indem unter anderem biologische Alternativen (wie etwa Mikroorganismen) in der EU verkauft werden können. Zur entsprechenden Aktualisierung der geltenden Vorschriften werden mit dieser Initiative die einheitlichen Grundsätze für die Bewertung und die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln so angepasst, dass den Eigenschaften dieser Mikroorganismen Rechnung getragen wird, da diese sich von denen chemischer Wirkstoffe unterscheiden. Rückmeldungen sind bis zum 23.11.2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12576-Pestizide-neue-einheitliche-Grundsätze-für-die-Bewertung-und-die-Zulassung_de

Kommission; Konsultation zu Datenanforderungen zur Zulassung von Pestiziden

Die EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ zielt darauf ab, die Abhängigkeit von chemischen Pflanzenschutzmitteln zu verringern, indem unter anderem biologische Alternativen (wie mikrobielle Pflanzenschutzmittel) in der EU verkauft werden können. Zur entsprechenden Aktualisierung der geltenden Vorschriften werden mit dieser Initiative die derzeitigen Datenanforderungen so angepasst, dass den Eigenschaften der Mikroorganismen in diesen Mitteln Rechnung getragen wird. Rückmeldungen sind bis zum 23.11.2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12574-Pestizide-neue-Datenanforderungen-für-die-Zulassung_de

Kommission; Konsultation zu Genehmigungskriterien für mikrobielle Wirkstoffe

Eines der Ziele der EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ besteht darin, die Abhängigkeit von chemischen Pestiziden zu verringern. Dies umfasst eine Erleichterung des Inverkehrbringens biologischer Wirkstoffe, zu denen Mikroorganismen gehören. Im Rahmen dieser Maßnahme werden Kriterien für die Genehmigung mikrobieller Wirkstoffe aufgenommen. Rückmeldungen sind bis zum 23.11.2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12595-Biopestizide-Genehmigungskriterien-für-mikrobielle-Wirkstoffe_de

Kommission; Bericht zu unfairen Handelspraktiken im Lebensmittelsektor

Am 27.10.2021 veröffentlichte die Kommission einen Bericht zu unfairen Handelspraktiken im Lebensmittelsektor. Der Bericht bezieht sich auf die Informationen der 16 Mitgliedstaaten (MS), die bis zum 31.07.2021 die vollständige Umsetzung der Richtlinie zu Unfairen Handelspraktiken gemeldet hatten. Dem Bericht zufolge folgten diese MS dem Ansatz der Richtlinie und die meisten MS gingen über den Mindestschutz für Bäuerinnen und Bauern hinaus. So ergänzten die meisten MS die in der Richtlinie vorgegebene Liste der unfairen Handelspraktiken oder verschärften die Verbote. Die MS folgten in der Regel dem Sektoransatz der Richtlinie und wendeten die Vorgaben auf die Lieferkette des Agrar- und Lebensmittelhandels an.

https://ec.europa.eu/info/news/commission-publishes-report-state-play-unfair-trading-practices-directive-2021-oct-27_en

J u s t i z

EuGH; Schlussanträge zur Schadensersatzklage gegen Kartellbeteiligte

Am 28.10.2021 hat Generalanwalt Rantos seine Schlussanträge in der Rechtssache C-267/20 (Volvo und DAF Trucks) vorgelegt. Der Generalanwalt vertritt die

Auffassung, dass die in der Richtlinie über Vorschriften für Schadensersatzklagen wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen (RL 2014/104/EU) vorgesehene Verjährungsfrist auf eine Klage nicht anwendbar ist, die, obwohl sie nach dem Inkrafttreten der Richtlinie und der nationalen Umsetzungsbestimmungen erhoben wurde, einen Sachverhalt vor dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen betrifft. Dagegen können nach Ansicht des Generalsanwalts die nationalen Umsetzungsrichtlinien über die Befugnis des Gerichts zur Schätzung des Schadens im Rahmen einer nach dem Inkrafttreten dieser nationalen Umsetzungsrichtlinie erhobenen Schadensersatzklage auf Schäden infolge einer wettbewerbsrechtlichen Zuwiderhandlung Anwendung finden, die vor dem Inkrafttreten dieser Vorschrift geendet haben.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=BCF4939135E156B6736DC1F92B17E72D?text=&docid=248301&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=28539299>

EuGH; Beschluss – polnische Disziplinarordnung für Richter

Der Vizepräsident des EuGH hat am 27.10.2021 in der Rechtssache C-204/21 R (Kommission / POL) POL zur Zahlung eines täglichen Zwangsgeldes in Höhe von 1 Mio. EUR an die Kommission verurteilt, da POL die Anwendung der nationalen Rechtsvorschriften insbesondere über die Zuständigkeitsbereiche der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs nicht ausgesetzt hat. Die Einhaltung der am 14.07.2021 angeordneten einstweiligen Anordnungen sei erforderlich, um eine schwere und nicht wiedergutzumachende Beeinträchtigung der Rechtsordnung der EU und ihrer Werte, insbesondere der Rechtsstaatlichkeit, zu vermeiden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=23F677C36421A0C0866A1CD3ABDE33F4?text=&docid=248261&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=27691757>

EuGH; Urteil zur Einziehung von Erträgen aus Straftaten

Am 21.10.2021 hat der EuGH sein Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-845/19 und C-863/19 (Okrazhna prokuratura – Varna) verkündet. Die Richtlinie über die Sicherstellung und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten in der EU (Richtlinie 2014/42) steht einer nationalen Regelung entgegen, wonach ein Vermögensgegenstand eingezogen werden darf, der angeblich einer anderen Person als dem Straftäter gehört, ohne dass diese Person die Möglichkeit hat, im Einziehungsverfahren die Stellung eines Beteiligten zu erlangen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247864&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=21323702>

I n n e r e s

Europol; Operation Sentinel gegen Betrug bei Covid-Wiederaufbaufonds

Am 15.10.2021 hat das Europäische Polizeiamt (Europol) die Operation Sentinel, die der Verfolgung von Betrugsdelikten im Rahmen des Covid-19-EU-Wiederaufbaufonds dienen soll, gestartet. Neben Europol sind die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTA) die Agentur der EU für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) sowie 19 Mitgliedstaaten in die Operation eingebunden. U.a. soll im Rahmen der Operation ein interner Mechanismus eingerichtet werden, um operative Daten zu verarbeiten und den Austausch von Informationen zu steuern.

<https://www.europol.europa.eu/newsroom/news/new-operation-to-protect-next-generation-eu-recovery-funds>

Frontex; Veröffentlichung aktueller Zahlen zu illegaler Migration

Am 15.10.2021 präsentierte die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) aktuelle Zahlen zu illegalen Grenzübertritten. In dem Zeitraum von Januar bis August dieses Jahres sei die Zahl der illegalen Grenzübertritte demnach insgesamt um 68% gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf über 133.900 angestiegen. Der deutliche Anstieg sei dabei vor allem dem Wegfall von, im Zuge der COVID-19-Pandemie getroffenen, Grenz- und Einreisebeschränkungen geschuldet. Den stärksten Zuwachs an illegalen Grenzübertritten habe es mit einer Personenzahl von 47.620 auf der zentralen Mittelmeerroute (Zuwachs von 87% gegenüber dem Vorjahreszeitraum) gegeben. Ins Blickfeld von Frontex geraten zunehmend auch die östlichen Außengrenzen der EU (insbesondere zu Belarus). So seien im Jahr 2021 mehr als 6.200 illegale Grenzübertritte aus Belarus registriert worden, 4.170 davon in LIT.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/migratory-situation-at-eu-s-borders-in-september-increase-on-the-central-mediterranean-and-western-balkan-routes-RZRnEH>

EP; Billigung des erneuerten Europol-Mandats

Am 19.10.2021 hat das EP den Beschluss des LIBE-Ausschusses (vgl. BaB 19/21) zur Stärkung des Mandats des Europäischen Polizeiamtes (Europol) gebilligt. Auf Grundlage des erneuerten Mandats soll es Europol u.a. künftig möglich sein, Fahndungsausschreibungen in das Schengener Informationssystem (SIS) einzugeben und Daten mit privaten Unternehmen im Zuge der Bekämpfung von Terror und sexuellem Missbrauch an Kindern auszutauschen. Ebenso soll Europol in bestimmten Fällen ermächtigt werden, personenbezogene Daten zu verarbeiten und Forschungs- und Entwicklungsprojekte in einschlägigen Bereichen durchzuführen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211021IPR15502/parliament-ready-to-start-talks-on-new-mandate-for-europol>

Frontex; internationale Operation gegen Kriminalität an der EU-Ostaußengrenze

Wie die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) am 20.10.2021 bekanntgab, erfolgte im Zeitraum vom 27.09.2021 bis zum 08.10.2021 die sog. Operation Joint Action Day Finestra an der EU-Ostaußengrenze. Die Operation diene der Bekämpfung von schwerwiegender grenzübergreifender Kriminalität und konzentrierte sich v.a. auf den Schmuggel von Menschen und Gütern. Frontex leitete die Operation gemeinsam mit Behörden aus ROM. Die von Frontex veröffentlichten Ergebnisse lassen erkennen, dass insbesondere die illegale Einfuhr von Tabak, Alkohol sowie Mineralöl und irreguläre Grenzübertritte die Kriminalitätsschwerpunkte ausmachen.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-leads-international-operation-against-serious-crime-at-eastern-border-Q9204o>

EP; Frontex-Budget für 2022 soll teilweise eingefroren werden

Am 21.10.2021 erteilte das EP der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) die Entlastung für die Verwaltung des Haushalts von 2019. In einer begleitenden EntschlieÙung forderten die MdEP jedoch, das Frontex-Budget für das Jahr 2022 teilweise einzufrieren. Demnach soll ein gewisser Teil des Budgets erst freigegeben werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt seien. So müssten etwa 20 fehlende Grundrechtebeobachter eingestellt und ein Mechanismus zur Meldung von Zwischenfällen an den EU-Außengrenzen eingerichtet werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20211014IPR14931/ep-asks-for-part-of-frontex-budget-to-be-frozen-until-key-improvements-are-made>

Europol; Schlag gegen Kriminalität im Darknet

Im Rahmen einer internationalen Ermittlungsaktion gegen illegalen Online-Handel im Darknet sind 150 Personen festgenommen worden. Wie das Europäische Polizeiamt (Europol) am 26.10.2021 bekanntgab, wurden dabei mehr als 26 Mio. EUR beschlagnahmt. Zudem wurden 45 Schusswaffen und 234 Kilogramm Drogen sichergestellt. Die Aktion "Dark HunTOR" fand in acht europäischen Ländern und in den USA statt und richtete sich gezielt gegen Anbieter und Käufer auf Darknet-Plattformen, also Online-Marktplätzen für illegale Waren. 65 Menschen wurden in den USA festgenommen, 47 in DEU und 24 in GBR. Einige der Verdächtigen werden von Europol als hochrangige Ziele eingestuft. Die Aktion folgte laut von Europol auf die Schließung des bisher größten illegalen Marktes "DarkMarket" Anfang des Jahres in DEU. In mehreren Ländern dauerten die Ermittlungen noch an, teilte Europol mit.

<https://www.europol.europa.eu/newsroom/news/150-arrested-in-dark-web-drug-bust-police-seize-%E2%82%AC26-million>

EP; EU-Talentpool für legale Zuwanderung gefordert

Am 27.10.2021 hat der Ausschuss des EP für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) einen Bericht angenommen, welcher neue EU-Regeln für die legale Arbeitsmigration fordert. Es geht darum, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen und Ausbeutung zu beenden. Der Bericht enthält die Aufforderung an die Kommission bis zum 31.01.2022 Legislativvorschläge zur Erleichterung der legalen Fachkräftemigration vorzulegen. Konkret zielt der Bericht u.a. auf die Schaffung eines EU-Talentpools für Fachkräfte aus Drittstaaten ab. Insgesamt richtet der LIBE in dem verabschiedeten Bericht das Ansinnen an die Kommission, mehr für die legale Arbeitsmigration und die Zuwanderung von Fachkräften zu tun.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20211019IPR15241/legal-migration-an-eu-talent-pool-and-more-options-for-immigrant-entrepreneurs>

Bildung und Kultur

Kommission; Ausschreibung Kultur- und Kreativ-KIC

Die Kommission hat am 26.10.2021 die erste Ausschreibung unter der neuen sog. Wissens- und Innovationsgemeinschaft Kultur- und Kreativwirtschaft (KIC CCSI) veröffentlicht. Die KIC CCSI wurde innerhalb des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa eingerichtet und unter der dritten Säule im EIT-Institut angesiedelt. Die markt- und anwendungsorientierte KIC wird erst im Sommer 2022 formal eingerichtet werden, doch mit der Förderausschreibung können sich bereits jetzt interessierte Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen oder auch Gebietskörperschaften mit Projekten in der Kultur- und Kreativbranche einbringen. Die KIC CCSI sieht Programme für unternehmerische Bildung, Dienstleistungen zur Unternehmensgründung und -entwicklung und das Generieren innovativer Produkte und Dienstleistungen vor. Die EU-Gesetzgeber hatten 2019 die Schaffung der KIC im Kulturbereich beschlossen, um der Branche in der Förderperiode bis 2027 einen besonderen Fokus zu widmen. Die neue Gemeinschaft KIC CCSI umfasst alle Sektoren, deren Aktivitäten auf kulturellen Werten, kultureller Vielfalt und individuellen und/oder kollektiven künstlerischen und anderen kreativen Ausdrucksformen beruhen. Die Bewerbungsfrist wird bis 24.03.2022 laufen. Für das KIC CCSI ist ein Fördervolumen von ca. 6 Mio. EUR zur Finanzierung der Start-up-Aktivitäten und der ersten Pilotaktionen vorgesehen.

https://eit.europa.eu/sites/default/files/eit_2021_call_for_proposals.pdf

EACEA; Bericht zum Einkommen von Lehrerinnen und Lehrern in der EU

Am 21.10.2021 veröffentlichte die Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur einen Bericht zum Einkommen von Lehrerinnen und Lehrern in den Staaten, die am Erasmus+ Programm teilnehmen. Eine zentrale Erkenntnis des Berichtes ist, dass das Einkommen mit zunehmender Berufserfahrung in den verschiedenen Staaten unterschiedlich stark ansteigt. Die beiden Extreme sind die Türkei, wo die Lehrerinnen und Lehrer ihr Einstiegseinkommen im Laufe der Karriere um 12% verbessern, und PTL, wo sie es um 116% verbessern. Beim Vergleich der Einstiegsgehälter liegt DEU mit DNK, LUX, der Schweiz und Liechtenstein an erster Stelle.

https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/sites/default/files/teacher_salaries_2019_20_report_0.pdf

ETF; Vorstellung der neuen Strategie des Europäischen Zentrums für Berufsbildung

Am 21.10.2021 veröffentlichte das Europäische Zentrum für Berufsbildung (ETF) die Zusammenfassung einer Konferenz zur neuen Strategie des ETF. Die Veranstaltung fand am 19.10.2021 statt. Die neue Strategie stellt das ETF unter das Motto des lebenslangen Lernens. Ziel der Strategie sei es, die Chancen von Lernenden auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Das soll durch gezielte Politikberatung, Weiterbildung von Anspruchsgruppen und die Anfertigung von Studien geschehen.

<https://www.etf.europa.eu/en/news-and-events/news/fostering-resilient-systems-based-lifelong-learning-and-employability>

ETF; Konferenz zu Resilienz als Teil des Lehrplans an Schulen

Am 22.10.2021 veröffentlichte das Europäische Zentrum für Berufsbildung (ETF) die Zusammenfassung einer Konferenz zu psychischer Resilienz als Teil des Lehrplans an Schulen, die das ETF am 20.10.2021 veranstaltete. Bei der Konferenz sprachen Dr. Arianna Sala von der gemeinsamen Forschungsstelle der EU, Peter Fagerström, Geschäftsführer von Teach Millions und Dr. Olena Bekh vom ETF. Anlass der Konferenz waren die neue Strategie des ETF zu lebenslangem Lernen, die auch den Bereich Resilienz in der Bildung abdeckt und somit das gestiegene Bewusstsein für das Thema aufgreift, welches durch die COVID-19 Pandemie bedingt sei.

<https://www.etf.europa.eu/en/news-and-events/news/learningconnects-can-resilience-be-learned-in-school>

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Erweiterung des „Euromedia Ownership Monitor“

Am 18.10.2021 hat die Kommission eine Ausschreibung veröffentlicht, um das von der EU ko-finanzierte Projekt zur Beobachtung der Medieneigentümerschaft in der EU um die 12 bisher noch nicht beobachteten Mitgliedstaaten zu ergänzen. Damit wird der sog. „Euromedia Ownership Monitor“, der im September 2021 seine Arbeit aufgenommen hat (vgl. BaB 18/2021), auf die gesamte EU erweitert. Das Projekt soll eine öffentlich zugängliche länderbasierte Datenbank mit Informationen über die Eigentumsverhältnisse im Medienbereich erstellen, die rechtlichen Rahmenbedingungen systematisch bewerten und mögliche Risiken für die Transparenz der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich ermitteln. Die Kommission misst der Transparenz des Medieneigentums eine wichtige Bedeutung für die Sicherung des Medienpluralismus bei. So könnten Regulierungs-, Wettbewerbs- und Politikmaßnahmen in Kenntnis der Sachlage durchgeführt werden, und die

Öffentlichkeit könne besser die von den Medien verbreiteten Informationen und Meinungen bewerten. Interessierte Konsortien können sich bis zum 15.12.2021 für das Projekt bewerben.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/funding/media-ownership-monitoring-system>

EU – Förderprogramme

Europäisches Innovations- und Technologieinstitut; Neue Initiative im Bereich Kreativität und Design veröffentlicht

Am 14.10.2021 hat das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) zur Unterstützung der Mission des Neuen Europäischen Bauhauses, Innovation, Kreativität und Design zu integrieren, um die Lebensqualität der Bürger zu verbessern und gleichzeitig unseren Planeten zu respektieren, eine erste Ausschreibung veröffentlicht. Damit soll die Innovation durch die Gemeinschaftsinitiative Neues Europäisches Bauhaus des EIT vorangetrieben werden. Mit dem Schwerpunkt auf der Unterstützung von aufstrebenden New European Bauhaus-Unternehmern, Start-ups, Talenten und Fähigkeiten durch unternehmensfördernde Dienstleistungen und Bildungsmaßnahmen will diese Initiative dazu beitragen, den European Green Deal zu verwirklichen, indem dort Projekte vorgestellt werden sollen, die hochwirksame Lösungen für ein nachhaltiges Leben und eine verbesserte Lebensqualität entwickeln. Mit einem Budget von 5 Mio. EUR für den Zeitraum 2021 bis 2022 will die Initiative Innovatoren und Unternehmen bei Themen im Zusammenhang mit dem Neuen Europäischen Bauhaus durch drei Förderbereiche unterstützen: „Bürgerbeitrag, Business Booster und Jumpstarter“. Die Initiative Neues Europäisches Bauhaus der EIT-Gemeinschaft ist eine gemeinsame Aktion von EIT Climate-KIC (Hauptkoordinator), EIT Digital, EIT Food, EIT Urban Mobility und EIT Manufacturing. Im Rahmen dieser ersten Ausschreibung sollen 20 innovative Unternehmen jeweils bis zu 50.000 EUR erhalten können. Die Ausschreibungsfrist endet am 17.12.2021.

<https://www.eitdigital.eu/our-messages/calls-tenders/eit-community-booster/>

Kommission; Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung von Informationsmaßnahmen in Bezug auf die EU-Kohäsionspolitik

Die Kommission hat am 19.10.2021 ihren diesjährigen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für die Unterstützung von Informationsmaßnahmen im Zusammenhang mit der EU-Kohäsionspolitik veröffentlicht. Das Hauptziel der Initiative besteht darin, die Erstellung und Verbreitung von Informationen und Inhalten in Bezug auf die EU-Kohäsionspolitik unter Wahrung der redaktionellen Unabhängigkeit der Beteiligten zu unterstützen. Der Aufruf hat ein Gesamtbudget von 7 Mio. EUR. Jedes erfolgreiche Projekt soll einen Zuschuss von bis zu 300.000 EUR erhalten. Förderfähige Antragsteller sind u.a. Medien, Universitäten, Kommunikationsagenturen und andere private Einrichtungen und öffentliche Stellen. Anträge können bis zum 11.01.2022 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/regional_policy/en/newsroom/news/2021/10/19-10-2021-call-for-proposals-2021-support-for-information-measures-relating-to-eu-cohesion-policy

Kommission; Zweite Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Großprojekte im Rahmen des Innovationsfonds veröffentlicht

Die Kommission hat am 26.10.2021 die zweite Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Großprojekte im Rahmen des Innovationsfonds veröffentlicht. Der Fonds ist eines der weltweit größten Demonstrationsprogramme für innovative CO2-arme Technologien und wird mit Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten im Rahmen des Emissionshandelssystems der EU finanziert.

Aus seinem Etat von 1,5 Mrd. EUR sollen bahnbrechende Technologien in den Bereichen erneuerbare Energien, energieintensive Industriezweige, Energiespeicherung sowie Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO₂ gefördert werden. In Anbetracht der hohen Überzeichnung der ersten Aufforderung hat die Kommission das Antragsverfahren gestrafft, das jetzt nur noch aus einer Phase besteht. Dadurch soll die Zeitspanne von der Antragstellung bis zur Gewährung der Finanzhilfe erheblich verkürzt werden. Die Projekte werden nach ihrem Potenzial zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen, ihrem Innovationspotenzial, ihrer finanziellen und technischen Reife sowie ihrem Expansionspotenzial und ihrer Kosteneffizienz bewertet. Projektvorschläge können über das EU-Finanzierungs- und Ausschreibungsportal eingereicht werden. Dort finden sich auch weitere Informationen zum allgemeinen Verfahren. Die Einreichungsfrist endet am 03.03.2022. Die Antragsteller werden im dritten Quartal 2022 über die Ergebnisse der Bewertung informiert. Im vierten Quartal 2022 sollen die Finanzhilfen ausgezahlt und die Verträge unterzeichnet werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5473

Kommission; Aufforderung für europäische Nichtregierungsorganisation im Programm Erasmus+ veröffentlicht

Ziel der am 26.10.2021 veröffentlichten Aufforderung ist es, europäische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und EU-weite Netzwerke, die im Jugendbereich tätig sind, strukturell zu unterstützen (Betriebskostenzuschüsse) und dabei folgende allgemeine Ziele zu verfolgen: Sensibilisierung für die jugendpolitischen Agenden der EU, insbesondere für die EU-Jugendstrategie 2019-2027 einschließlich der Europäischen Jugendziele; Stärkung des Engagements der Stakeholder und der Zusammenarbeit mit den Behörden bei der Umsetzung von politischen Maßnahmen und Reformen im Jugendbereich, insbesondere bei der Umsetzung von Maßnahmen in Bereichen, die für junge Menschen relevant sind, und der länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters; Verstärkung der Beteiligung der Interessengruppen im Jugendbereich, auch durch Nutzung des Potenzials der digitalen Kommunikation neben anderen Formen der Beteiligung; Verstärkung der Beteiligung der Stakeholder an der Verbreitung politischer und programmatischer Maßnahmen und Ergebnisse sowie bewährter Verfahren unter ihren Mitgliedern und darüber hinaus; Entwicklung, Förderung und Unterstützung von Aktionen zur Einbindung, Vernetzung und Befähigung der Jugend im Sinne der EU-Jugendstrategie; Stärkere Sensibilisierung und Beteiligung junger Menschen an EU-Aktionen für junge Menschen, einschließlich Erasmus+, Europäisches Solidaritätskorps und DiscoverEU; Verstärkung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Verbreitung politischer und programmatischer Maßnahmen, einschließlich der Ergebnisse und bewährter Verfahren, unter ihren Mitgliedern und darüber hinaus. Die Aufforderung umfasst auch die vier allgemeinen Prioritäten der Kommission, die im Programm Erasmus+ verankert sind, nämlich - Integration und Vielfalt, - digitale Transformation, - Umwelt und Bekämpfung des Klimawandels sowie Beteiligung am demokratischen Leben. Diese allgemeinen Ziele stützen sich auf die Vorzüge von Jugend-NGOs und EU-weiten Netzwerken sowie auf deren Fähigkeit, eine große Anzahl interessierter Parteien zu erreichen und sich für die politischen Prioritäten der EU einzusetzen. Diese sollten nach Auffassung der Kommission daher klar in den Arbeitsplänen, Aktivitäten und Ergebnissen der antragstellenden Organisationen verankert sein. Einsendeschluss für Anträge ist der 15.12.2021.

https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/erasmus/wp-call/2022/call-fiche_erasmus-youth-2022-csc-og_en.pdf

Veranstaltungen

Informationsreise der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag

Vom 25. - 26.10.2021 führte die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden MdL René Rock zahlreiche Gespräche in Brüssel. Die Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion trafen aus der Kommission mit Benjamin Hartmann zu einem Gespräch über die neue Konnektivitätsstrategie zur weltweiten Vernetzung von Menschen, Waren, Dienstleistungen und Infrastruktur zusammen. Anschließend stand der Stand der Kapitalmarktunion mit besonderem Fokus auf den Finanzstandort Frankfurt auf der Tagesordnung mit Frau Direktorin Dr. Paulina Dejmek-Hack, Europäische Kommission. Vor dem abendlichen Meinungsaustausch zu „Fit for 55“ mit MdEP Andreas Glück (RN/DEU) auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung, Büro Brüssel, trafen die Abgeordneten und Mitarbeiter mit Botschafter Michael Clauß, dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik DEU bei der EU, zu einem Rückblick auf den Europäischen Rat vom 22./23.10.2021 zusammen. Daran schlossen sich dann Gespräche mit Dr. Thomas Gutschker, politischer Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für EU, NATO und Benelux zu den Reaktionen in den Europäischen Institutionen und Mitgliedstaaten der Union auf das Ergebnis der Bundestagswahl, sowie mit Florian Geyer aus der Europäischen Kommission zu den Rechtsstaatsverfahren gegen POL und HUN an. Beendet wurde der Besuch mit einem Mittagessen auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich mit der Vizepräsidentin des EP Nicola Beer (RN/DEU) und MdEP Moritz Körner (RN/DEU).

Onlineveranstaltung zu Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung/Künstliche Intelligenz für die Freien Berufe

Auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich sowie des Präsidenten des Bundesverbandes der Freien Berufe Friedemann Schmidt fand am 26.10.2021 eine Onlineveranstaltung zu den „Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung/Künstliche Intelligenz (KI) für die Freien Berufe“ statt. Europastaatssekretär Mark Weinmeisters betonte in seinem Grußwort, dass eine leistungsfähige digitale Infrastruktur in der Fläche und ein regulatorischer Rahmen auf EU-Ebene geschaffen werden müsse. Die Abteilungsleiterin für Mittelstandspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMW) Dr. Sabine Hepperle hob in ihrem Eingangsbeitrag hervor, dass das BMWi sich für einen bürokratiearmen und innovationsfreundlichen Rechtsrahmen einsetze. Dr. Ulla Engelmann, amtierende Direktorin Netzwerke & Governance in der Generaldirektion für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Kommission betonte in ihrem anschließenden Impuls, dass die Digitalisierung freiberuflicher Dienstleistungen Vorteile bringe, wie Kostensenkung, schnellere Bereitstellung von Dienstleistungen und Verbesserung der Qualität. Haupthindernisse seien heute aber noch die damit verbundenen Kosten und ein Mangel an qualifiziertem Personal. Hinsichtlich KI brauche es einen auf den Menschen ausgerichteten Ansatz für vertrauenswürdige KI. Silke Wettach, EU-Korrespondentin für die WirtschaftsWoche, moderierte im Anschluss eine Gesprächsrunde, an der neben der Präsidentin des Verbandes Freier Berufe in Hessen, Dr. Karin Hahne, MdEP Marion Walsmann (EVP/DEU) und Dr. Ulla Engelmann teilnahmen. Dr. Karin Hahne betonte, dass aus ihrer Sicht die Unterscheidung zwischen Digitalisierung und KI wichtig sei. Beide könnten nur unterstützend tätig sein und dürften niemals eine freiberufliche Tätigkeit substituieren. In Bezug auf den Rechtsrahmen für KI forderte Dr. Hahne Verbesserungen bei der Schaffung globaler Standards, die Ausweitung der hochrisikobehafteten Bereiche und die Berücksichtigung des Haftungsbereichs. MdEP Marion Walsmann erklärte, dass hinsichtlich der Vorschläge für den Rechtsrahmen von KI ein hohes sensibles und

ethisches Vorgehen erforderlich sei. Wichtig sei neben einer funktionierenden Infrastruktur u.a. die Verhinderung von Überbürokratisierung. Dr. Ulla Engelmann hob in der Diskussion hervor, dass die Kommission bei der Erarbeitung der Vorschläge auch Negativbeispiele von KI in anderen Staaten, wie das „Social Scoring“, betrachtet habe. Friedemann Schmitt betonte in seinem Schlusswort, dass die Qualität der Daten und deren Sicherheit ebenso wie rechtlich geschützte Berufsgeheimnisse sicherzustellen sind. KI-Leistungen sollten am Interesse der Empfänger haftungsrechtlich nach gleichen Maßstäben ausgerichtet sowie die zugrundeliegenden Algorithmen verpflichtend transparent und nachvollziehbar sein. Der menschliche Faktor sei zentral für das Vertrauen und damit auch für die Akzeptanz.

Onlineveranstaltung zum Neuen Europäischen Bauhaus

Am 28.10.2021 fand auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich eine Onlineveranstaltung zu dem Thema „Neues Europäisches Bauhaus. attraktiv – nachhaltig – gemeinsam“ statt. Europastaatssekretär Mark Weinmeisters betonte in seinem Grußwort, wie groß das Interesse in Hessen am Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) und der Frage sei, wie die kulturelle Brücke zwischen den Themen Nachhaltigkeit, Diversität und dem Leben und Zusammenleben der Menschen sich ausgestalte. Dabei hob er verschiedene Querverbindungen der Idee des NEB mit Hessen hervor. Henrik Kafsack, Korrespondent bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, moderierte im Anschluss dazu das Gespräch mit der Beauftragten für das Neue Europäische Bauhaus der I.D.E.A. Denkfabrik der Präsidentin der Kommission Ursula von der Leyen, Ruth Reichstein. Ruth Reichstein erklärte, dass die Designphase seit Ende Juni abgeschlossen sei und die im September veröffentlichte Mitteilung das, aus den gesammelten Ideen entwickelte, Konzept des NEB zusammenfasst. Die mit einem Preis ausgezeichneten NEB-Projekte zeichneten sich durch Vielfalt, kleine Strukturen und Ideen aus, die vor Ort entstanden seien. Als nächsten Schritt kündigte Reichstein die Einrichtung eines Labors in Zusammenarbeit mit der NEB-Community an, das an verschiedenen Arbeitssträngen arbeiten soll, wie u.a. dem Problem der Überregulierung und der Bestimmung der Kriterien für ein NEB-Label. Zudem werde ein NEB-Festival im Jahr 2022 geplant. Reichstein erklärte, dass die Verbindung zum historischen Bauhaus die Findung neuer Materialien wie u.a. Holz sei. Hinsichtlich der Frage der Massentauglichkeit seien viele Möglichkeiten erkennbar, wobei es immer eine gewisse Balance brauche. Der Green Deal und genauso das NEB sei „nicht nur als umwelt- oder wirtschaftspolitisches Projekt, sondern als gesellschaftliches Projekt zu sehen“, so Reichstein abschließend.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

08.11.2021	Euro-Gruppe
09.11.2021	Rat für Wirtschaft und Finanzen
11.11.2021	Rat für Auswärtige Angelegenheiten
12.11.2021	Rat für Wirtschaft und Finanzen

Europäische Kommission

10.11.2021 Präsentation des Strategischen Kompasses

Europäisches Parlament

In den nächsten zwei Wochen findet keine EP-Plenarsitzung statt.

Europäischer Gerichtshof und Europäisches Gericht

Die Woche vom 01. bis zum 05.11.2021 ist sitzungsfreie Zeit. Grundsätzlich finden weder mündliche Verhandlungen statt noch werden Urteile verkündet oder Schlussanträge verlesen. Indessen ist es nicht ausgeschlossen, dass z.B. in Eilverfahren ein Termin anberaumt wird oder dass den Parteien Beschlüsse zugestellt werden.

Europäischer Gerichtshof

- | | |
|------------|---|
| 09.11.2021 | Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-91/20 Bundesrepublik DEU (Wahrung des Familienverbands)
Familienflüchtlingsschutz bei unterschiedlicher Staatsangehörigkeit in der Familie |
| 09.11.2021 | Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in dem Eilvorabentscheidungsverfahren C-479/21 PPU Governor of Cloverhill Prison u.a.
Sind Europäische Haftbefehle aus dem Vereinigten Königreich für Irland noch bindend? |
| 09.11.2021 | Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtsache C-121/21 CZR / POL
Braunkohletagebau Turów |
| 11.11.2021 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-214/20 Dublin City Council
Bereitschaftsdienst bei der Feuerwehr |
| 11.11.2021 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-168/20 MH und ILA
Schutz von Rentenansprüchen bei Privatinsolvenz |
| 11.11.2021 | Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-485/20 HR Rail
Verbot der Diskriminierung aufgrund einer Behinderung |
| 11.11.2021 | Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-559/20 Koch Media
Erstattungsfähige Rechtsanwaltskosten für Abmahnung wegen Filesharing |

Europäisches Gericht

- | | |
|------------|---|
| 10.11.2021 | Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-612/17 Google und Alphabet / Kommission
Missbrauch marktbeherrschender Stellung durch Vorzugsbehandlung des eigenen Preisvergleichsdienstes |
| 10.11.2021 | Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-353/20 AC Milan / EUIPO
Markenstreit um Bildmarke AC Milan |
| 10.11.2021 | Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-495/19 ROM / Kommission
Europäische Bürgerinitiative zur Förderung regionaler Kulturen |

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 12.11.2021.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA